

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonntags.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 53, Rottbuhlerdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierstellige Zeile 30 Pf.,
Stellenged. 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf., Berichtigungsanzeigen 10 Pf. Privatangelegenheiten ist der Betrag beizufügen.

Nr. 14.

Berlin, den 3. April 1909.

25. Jahrgang.

Bergeht nicht, die bald auslernenden Lehrlinge unserem Verbands zuzuführen!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Berichtskarten für das Kaiserliche Statistische Amt bitten wir, sofern solches noch nicht geschehen, bestimmt am 4. April an uns abzusenden, damit die Zusammenstellung rechtzeitig bewirkt werden kann. Da auch bei den letzten Zusammenstellungen von einigen Bevollmächtigten ersichtlich unrichtige Angaben in den Berichtskarten gemacht wurden, bitten wir nochmals, bei Ausfertigung der Karten die im „Handbuch“ auf den Seiten 216—228 gegebenen Anweisungen genau zu beachten.

Diejenigen Gaue und Zahlstellen, von denen Berichtskarten nicht oder nicht rechtzeitig eingehen, werden an dieser Stelle bekanntgegeben.

2. Die Adressenverzeichnisse sind in dieser Woche versandt worden. Zahlstellen- und Gauverwaltungen, welche bis zum 5. April noch nicht in den Besitz der neuen Verzeichnisse gekommen sein sollten, ersuchen wir um entsprechende Mitteilung, damit die Zustellung bewirkt werden kann.

3. Der Zahlstelle Reutlingen ist die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags von 5 Pf. erteilt worden.

4. Bei Nachprüfung der Quartalsabrechnungen mußte in sehr vielen Fällen die Wahrnehmung gemacht werden, daß dieselben durchaus nicht nach den im „Handbuch“ gegebenen Anweisungen und der für solche Arbeiten absolut notwendigen Sorgfalt ausgearbeitet werden. Aber auch die Revisoren tun nicht in allen Fällen in dem Maße ihre Pflicht, wie es ihre Instruktion besagt. In vielen Fällen konnte beobachtet werden, daß die Revisoren die ihnen vorgelegte Abrechnung als richtig anerkennen, obwohl so offensichtliche Unrichtigkeiten in denselben enthalten waren, daß sie bei einer, den Anweisungen entsprechend vorgenommenen Nachprüfung hätten mit Leichtigkeit gefunden werden können.

Weiter mußten wir leider die Beobachtung machen, daß grobe Unregelmäßigkeiten in der Kasseneinführung, die bei einigen Zahlstellen vorkamen, dem Verbandsvorstand erst dann berichtet wurden, als sich dieselben nicht mehr verschweigen ließen.

Wir sehen uns daher veranlaßt, an alle Bevollmächtigten, Kassierer und Revisoren das dringende Ersuchen zu richten, die von ihnen übernommenen Pflichten mit größter Sorgfalt und unter Beachtung der im „Handbuch“ gegebenen Anweisungen auszuüben.

Der Verbandsvorstand.

Die neuen Steuerprojekte.

Die Gewerkschaften und die Steuerforderungen der Regierung. — Die Finanzen im Reich und in den Bundesstaaten. — Das Wesen der indirekten Steuern. — Gas- und Elektrizitätssteuer. — Nachschsteuer und Agrarier.

Es hat eine Zeit gegeben, da in der deutschen Arbeitererschaft ein Streit über die Frage tobte, ob die Gewerkschaften sich mit Politik zu befassen haben und mit der politischen Partei, der Sozialdemokratie, Hand in Hand gehen sollen oder nicht. „Politik? Die geht uns nichts an!“ riefen die einen. „Politik? Die geht Euch nichts an!“ riefen die anderen. Die einen meinten, es sei bedenklich, die Kraft der Gewerkschaften auch politisch zu verwerten, weil jede politische Betätigung der Arbeiter, wenn sie ehelich ist und nur deren Interessen im Auge hat, naturgemäß als sozialdemokratisch gilt, als sozialdemokratisch denunziert wird und auch tatsächlich sozialdemokratisch sein muß. Das waren die Ehrlichen insofern, als sie verhindern wollten, daß die herrschenden Klassen und ihre beherrschenden Exekutivorgane jemals eine Handhabe zur Unterdrückung der Gewerkschaften erhalten. Die Nachhaber aber vertraten die Ansicht, daß die Politik die Gewerkschaften nichts angehe, aus sehr durchsichtigen Gründen: sie wollten den Arbeitern überhaupt die Politik verleiden, weil die Beschäftigung der Arbeiter mit Politik den Interessen der Besitzenden zuwiderliefe, die es sehr wohl verstanden, die Politik in wirtschaftliche Vorteile für sich selbst umzusetzen und daher die Politik als ein Vorrecht für sich in Anspruch nahmen. Daß die Herrschenden ihren feinen Plan nicht durchsetzten und mit ihrem Hass gegen die Politik der Arbeiter nur das Gegenteil erreichten, ist bekannt: heute weiß es beinahe schon jeder Arbeiter, der überhaupt denkt, daß „Politik“ nichts anderes ist als — die Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen, und daß die Nachhaber eben deshalb die Arbeiter von der „Politik“ fernhalten wollen, damit sie nicht ihre wirtschaftlichen Interessen wahrnehmen können.

Natürlich haben sich die Arbeiter zu helfen gesucht: sie schufen sich für die „Politik“ besondere Organisationen. Zwar versuchten die Herrschenden diese letzteren den Arbeitern gleichfalls zu verleiden; aber es half nichts: die Arbeiter ließen sich weder durch Drohungen einschüchtern, noch durch Lügen irreführen. Sie wichen auch den gewissen politischen Schwindelorganisationen aus, die von den Klassengegnern und ihren Handlangern gegründet, den Zweck verfolgten, die äußeren Formen der proletarischen Organisationen nachzuahmen, im übrigen aber die Interessen der Arbeiter an die Feinde zu verraten. Daß kleine Minderheiten von Arbeitern diesen schmählichen Helfershelferleistungen leisteten, ändert an der Tatsache nichts: Die übergroße Mehrzahl der Proletarier hält sich an ihre eigenen, an die echten Proletarierorganisationen und handhabt Sozialdemokratie wie Gewerkschaften verständnisvoll je nach ihrer Eigenart und der Sachlage im Gesamtinteresse des Proletariats.

Politisch und wirtschaftlich ist die Sozialdemokratie die Vorkämpferin der Arbeiterklasse; die Gewerkschaften sind nur eine besondere und besonders wichtige Form der Interessenvertretung, die die Arbeiter gegenüber den Unternehmern im unmittelbaren Verkehr und für die Ordnung des Arbeitsverhältnisses brauchen.

Aber diese Einteilung der Aufgaben ist mehr von den Klassengegnern der Klassengegner als von der Zweckmäßigkeit diktiert, und das wirkliche praktische Leben respektiert die Grenzen und Scheidewände einer hochwohlwollenden Bureaucratie nicht im geringsten. Die Gewerkschaften müssen sich wohl oder übel auch um Dinge kümmern, die nach Politik riechen, weil eben die Dinge mehr und mehr „politisch“ werden, d. h. die wirtschaftlichen Interessen der verschiedenen Gesellschaftsklassen berühren. Da nützt alles Versteckenspiel nichts: auch der scheinbar nur politische Gegenstand betrifft wirtschaftliche Zwecke, und umgekehrt sind scheinbar unpolitische Fragen, also reine Wirtschaftsangelegenheiten, nicht ohne die Formen und Mittel des politischen Kampfes zu erledigen.

Kurz und gut, wenn die Gewerkschaften die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder in jeder Beziehung wahren wollen, dann dürfen sie sich nicht auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, auf den Kampf gegen das Scharfmachertum und gegen Kalnigewerkschafter beschränken, sondern müssen auch jene Erscheinungen in den Bereich ihrer Tätigkeit ziehen, die den Erfolg ihrer Bemühungen bedrohen und ihre Errungenschaften wieder zunichte machen könnten. Es wäre eine unfruchtbare Sisyphusarbeit, die Lage der Arbeiter durch opfervolle Lohnkämpfe heben zu wollen, wenn es die Arbeiter unterließen, gleichzeitig auch diejenigen Machenschaften der Klassengegner zu bekämpfen, durch welche die Lebenshaltung der Arbeiter wieder herabgedrückt wird. Was nützt eine Lohnerhöhung, die morgen durch einen Fißzug der Agrarier wieder entwertet wird? Was nützt es, eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen, wenn übermorgen infolge des wachsenden Steuerdrucks und der steigenden Lebensmittelpreise der Arbeiter doch wieder gezwungen ist, Überstunden zu leisten, von deren Ertrag er keinen Vorteil hat, weil ihm ja alles wieder vom Staate und den Brotwuchserern abgenommen wird?

Vor einiger Zeit hat übrigens der preussische Finanzminister von Meinel selbst die Gewerkschaften mit den Steuerfragen in Zusammenhang gebracht. Voll Zorn über den Widerstand der Arbeitervertreter im Abgeordnetenhaus meinte er, daß die Abgaben, die die Gewerkschaften von ihren Mitgliedern einfordern, viel höher seien und diese viel schwerer belasten als die öffentlichen Steuern. Der pffiffige Herr war auf seine Knallpatrone ordentlich stolz und glaubte, wer weiß welche Weisheit von sich gegeben zu haben. Und doch bewies er mit seinem „Argument“ nichts anderes, als daß er von dem Wesen der Gewerkschaften keinen blauen Dunst hat. Wäre ihm die Arbeiterbewegung nicht so fremd, als er es durch seinen Ausspruch verrät, so wäre er

freilich nicht Minister geworden. Aber dann würde er vielleicht eine Ahnung von dem abgrundtiefen Unterschied haben, der zwischen Steuern und Gewerkschaftsbeiträgen besteht: daß nämlich erstere den Klaffgegnern der Arbeiterchaft, letztere nur dieser zugute kommen! Wäre es nicht der arbeitserfreundliche Klassenstaat, der die Steuern begehrt, sondern ein von der Gesamtheit für die Gesamtheit regierter Volksstaat, dann würden sie von der Arbeiterchaft nicht als eine so unerträgliche Last empfunden werden, dann wäre die Verteilung der Staatslasten eine gerechte, dann hätten es die Arbeiter nicht notwendig, mit ihren Gewerkschaften das nachzuholen, was der Klassenstaat ihnen vorenthält.

Aber davon abgesehen: Ist es für die Arbeiter Deutschlands eine gleichgültige Sache, wenn die Regierung eine halbe Milliarde Mark neuer Steuern fordert? 500 Millionen Mark — das ist das Erfordernis, welches durch 475 Millionen Mark neuer Steuern, durch 25 Millionen Mark erhöhter Matrikularbeiträge gedeckt werden soll. In der Begründung von den neuen Steuervorlagen wird auf die Inzulänglichlichkeit der Steuerreform vom Jahre 1906 hingewiesen, die statt der geforderten 225 Millionen Mark nur 100 Millionen Mark gebracht habe. Daß diese Begründung eine Täuschung ist, liegt auf der Hand: Auch wenn die vollen 225 Millionen eingebracht wären, hätten noch immer 275 Millionen Mark gefehlt, da ja jetzt, wie erwähnt, 500 Millionen Mark verlangt werden. Andererseits ist es freilich richtig, daß die Reform des Jahres 1906 eine große Enttäuschung gebracht hat. Insbesondere die famose Fahrkartensteuer ließ die Herren Finanzkünstler böllig im Stich, und es ist daher begreiflich, daß die Regierung diesmal sicher gehen und vor einer abermaligen Blamage gewahrt sein will. Sie packt deshalb die Sache „gründlich“ an, d. h. sie greift noch tiefer in den End der Beschlüssen, als das bisher schon der Fall war.

Wovor wir aber auf die neuen Steuern übergehen und die Frage beantworten, ob die Voraussetzungen für eine solche wahnwitzige Mehrbelastung der Massen gegeben sind, ist es notwendig, auf die Entwicklung der Finanzen im Reich und in den Bundesstaaten einen Blick zu werfen. Wir halten uns dabei an die Mitteilungen, die vor kurzem das Statistische Reichsamt veröffentlicht hat, und die sich auf die Voranschläge für das Rechnungsjahr 1907 und auf die Staatsrechnungen für das Etatsjahr 1905 beziehen.

Danach betragen die gesamten Staatsausgaben der Bundesstaaten nach den Voranschlägen für 1907 4986 Millionen Mark gegen 4618 Millionen Mark im Jahre 1906 und 4434 Millionen Mark im Jahre 1905; sie sind also gegenüber dem vorausgegangenen Jahr um 368 Millionen Mark oder 8 Proz. gestiegen, während von 1905 zu 1906 nur eine Zunahme um 184 Millionen Mark oder 4,1 Proz. stattgefunden hatte.

Noch beträchtlicher wird die Steigerung, wenn man die früheren Etatsjahre in Betracht zieht. Im Jahre 1902, dem ersten dieser Finanzstatistik, stellte sich der Gesamtbedarf auf 4375 Millionen Mark und stieg bis 1904 auf 4551 Millionen Mark, um 1905 auf die obige Zahl von 4434 Millionen Mark zu sinken. Im letzten Jahre allein betrug also die Steigerung das Unterhalbfache der Steigerung der letzten vier Jahre.

Die Ausgaben des Reiches haben sich im Jahre 1902 auf 2440 Millionen Mark belaufen; 1903 sind sie auf 2486 Millionen Mark gestiegen, 1904 aber auf 2244 Millionen Mark zurückgegangen, um 1905 wieder auf 2366, 1906 auf 2571 und 1907 auf 2760 Millionen Mark zu steigen. Also auch hier fällt die bedeutendste Zunahme in die letzten Jahre. Seit 1902 sind die Ausgaben um 320 Millionen Mark oder 13 Proz., mithin fast genau in demselben Maße wie in der Gesamtheit der Bundesstaaten, gestiegen.

Reich und Bundesstaaten haben zusammen ihre Ausgaben auf 7746 (1906 auf 7189, 1905 6785) Millionen Mark veranschlagt; darunter befinden sich 6675 (1907 6253) fortdauernde, 655 (529) einmalige und 415 (407) Millionen Mark außerordentliche.

Die gesamten Einnahmen des Reiches und der Bundesstaaten betragen 7727 (1906 7177) Millionen Mark, darunter 400 (397) Millionen Mark außerordentliche. Unter den ordentlichen Einnahmen und Ausgaben der Bundesstaaten stehen die Erwerbseinkünfte mit 3355 (1906 3099) Millionen Mark Einnahmen und 2441 (2206) Millionen Mark Aus-

gaben obenan. Die Einnahmen sind also hier um 256, die Ausgaben um 235 Millionen Mark gestiegen, und der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben hat sich von 893 auf 914 Millionen Mark erhöht. Der Hauptanteil auf die Staatsbahnen mit 2482 (1906 2267) Millionen Mark Einnahmen und 1790 (1591) Millionen Mark Ausgaben, also 692 (1906 676, 1905 644) Millionen Mark Ueberschuß. Der Rest verteilt sich auf Domänen, Forsten, Bergwerke und sonstige Betriebe, für Bayern und Württemberg auch auf Post und Telegraphie. Die nächst wichtigste Einnahmequelle nach den Erwerbseinkünften bilden die Steuern. An direkten Steuern erhalten die Bundesstaaten 534,5 (1906 496,0) Millionen Mark, an Aufwandssteuern 81,0 (80,5), an Verkehrssteuern 82,9 (70,9) Millionen Mark. Das Reich nimmt an indirekten Steuern 658 (578), an Zöllen 693 (627) Millionen Mark ein. Zahlenmäßige Nachweisungen über das Staatsvermögen der Bundesstaaten können nur mit Beschränkung auf einzelne wichtige Bestandteile beigebracht werden. An Domänen besitzen die Bundesstaaten ein Areal von 758 454 (1907 723 326) Hektar, an Forsten ein solches von 4 985 663 (4 964 981) Hektar. Die Domänenfläche ist also im letzten Jahre um 25 126 (1906 nur um 14 441), die Forstfläche um 682 (23 396) Hektar gestiegen. Die Staatsbahnen haben eine Länge von 51 141 (50 147) Kilometer und ein Anlagekapital von 14 110 (13 296) Millionen Mark, denen 6395 Millionen Mark Schulden gegenüberstehen, so daß ein in den Eisenbahnen stehendes Staatsvermögen von 7715 Millionen Mark verbleibt. Die fundierten Staatsschulden bezifferten sich zu Beginn des Rechnungsjahres 1907 für die Bundesstaaten auf 12 887 (1906 12 452), für das Reich auf 3644 (3383) Millionen Mark, so daß im letzten Jahre für Reich und Bundesstaaten eine Steigerung um nicht weniger als 696 Millionen Mark oder 4,4 Proz. übertrifft. Die stehenden Schulden betragen 233 (1906 203) Millionen Mark; davon entfallen 160 (ebenfalls wie im vorausgegangenen Jahre) auf das Reich und 51 (29) Millionen Mark auf Hamburg.

Von den einzelnen Bundesstaaten hatte Preußen im Jahre 1907 3150 Millionen Mark Ausgaben gegen 2865 im Jahre 1906, 2681 im Jahre 1905, 2612 im Jahre 1904, 2722 im Jahre 1903 und 2622 im Jahre 1902. Die Zunahme betrug also im letzten Jahre nicht weniger als 282 Millionen Mark oder fast 10 Proz. Seit 1902 ist eine Steigerung der Ausgaben um 528 Millionen Mark oder etwas über 20 Proz. eingetreten. Die Zunahme war also viel erheblicher als im Reich. Die Ausgaben Bayerns betragen im Jahre 1907 484 Millionen Mark; sie haben sich gegen das Vorjahr nicht geändert, da Bayern, ebenso wie Sachsen, Württemberg, Baden und Braunschweig zweijährige Etatsperioden hat. In Württemberg hat die mit dem Jahre 1907 einsetzende neue Periode die verhältnismäßig sehr starke Erhöhung von 181 auf 222 Millionen Mark gebracht, und Hessen hatte eine solche von 92 auf 113 Millionen Mark, nachdem erst im Jahre 1906 ein Rückgang um 13 Millionen Mark stattgefunden hatte. Der Ausgabebetrag Hamburgs ist von 140 auf 149, der Bremens von 57 auf 65 Millionen Mark gestiegen. Elsaß-Lothringen zeigt eine Zunahme von 61 auf 63 Millionen Mark. Am geringsten waren die Staatsausgaben in Schaumburg-Lippe, wo sie nicht ganz 1 Million Mark (0,97 gegen 1,14 Millionen Mark im Jahre 1906) erreichten.

Diese Zahlen enthüllen ein erschreckendes Bild. Sie zeigen ein riesiges Anwachsen der Defizitwirtschaft gerade in den letzten Jahren. Die Gesamtausgaben von Reich und Bundesstaaten betragen im letzten Etatsjahr in runder Zahl 7 7/8 Milliarden. Während in den drei Jahren 1902 bis 1905 eine Zunahme von 121 Millionen Mark zu verzeichnen war, brachten die beiden letzten Jahre eine Steigerung von 946 Millionen Mark, von fast 1 Milliarde Mark. Die Gesamtstaatschuld von Reich und Bundesstaaten beträgt 16 531 Millionen Mark, wobei wir lediglich die fundierte ins Auge fassen, die fast eine Viertelmilliarde schwebender Schulden ganz außer Anschlag lassen. Und wie werden nun diese ungeheuerlichen Summen aufgebracht? An direkten Steuern zahlen die Besitzenden 534,5 Millionen, an Luxussteuern ganze 81 Millionen, zusammen 615,5 Millionen Mark. Dagegen betragen die indirekten Steuern im Reich 658 Millionen Mark, die Erträge der Zölle 692 Millionen Mark,

die der Eisenbahnen, die gleichfalls zu den indirekten Lasten gerechnet werden müssen, zumal die beiden obersten Wagenklassen nicht rentieren und aus den Einnahmen der dritten und vierten Klasse Zuschüsse erfordern, 692 Millionen Mark. Die indirekte Belastung allein auf dem Wege der Post-, Fleisch- und Verkehrsbesteuerung beträgt also 2043 Millionen Mark. Auch damit nicht genug, sollen jetzt die Folgen der Defizitherrschaft den breiten Massen erneut auf die Schultern gelegt, sollen jenen 2000 Millionen Mark neue 500 Millionen Mark indirekter Steuern hinzugefügt werden! (Schluß folgt.)

Eine Geschichte des Buchbinder-Verbandes und der Buchbinderbewegung.

Am 4. April 1910 werden es 25 Jahre, seitdem der Kongreß der deutschen Buchbinder und verwandter Berufsangehöriger im „Grünen Baum“ zu Offenbach a. M. zumaltrat, um einen Zentralverband zu gründen.

Der Verbandsvorstand hat beschlossen, zur lebendigen Erinnerung an dies Ereignis eine Geschichte des Buchbinderverbandes und der Buchbinderbewegung herauszugeben. In diesem Werk sollen die wichtigsten Ereignisse der Buchbinderbewegung geschildert werden und möglichst ihren urkundlichen Ausdruck finden. Mit der Bearbeitung und Herausgabe wurde Unterzeichner beauftragt.

Soll die „Geschichte“ aber ein zutreffendes Spiegelbild unserer Bewegung geben, so bedarf es der fördernden Mitarbeit aller Kollegen und Kolleginnen, besonders solcher, die mit in den vordersten Reihen unserer Bewegung gestanden haben und noch stehen; die daher wahrscheinlich selbst noch im Besitze von Dokumenten, welche von Wichtigkeit sind. Besonders kommen Fachzeitschriften aller Art, Flugblätter, Zirkulare, Broschüren, Erklärungen und Plakate, besonders bei Lohnbewegungen, Tarife und Tarifverträge, Arbeitsordnungen besonderer Art, Statuten und Mitgliedsbücher von Lokalvereinen, Statuten von Arbeitgebervereinigungen usw. usw. in Betracht.

Manche derartige Dokumente werden schon im Verbandsarchiv enthalten sein, doch wird eine Mitteilung darüber, wo sie sonst noch vorhanden sind, nur nützlich und wird der Herausgeber dafür dankbar sein. Ist eine Zusendung nicht nötig, wird entsprechende Antwort erteilt werden.

Kollegen und Kolleginnen! Beachtet diese Aufforderung und werdet im obigen Sinne Mitarbeiter an der Geschichte der Buchbinderbewegung, damit ein Werk geschaffen werden kann, das berechtigt Zeugnis ablegt für das, was durch eigene Kraft der Kollegenschaft, unter Ueberwindung der unsäglichsten Schwierigkeiten geleistet worden ist.

Emil Klöck,

Berlin S. 59, Kottbusser Damm 23 I.

Sorgt für Eure alten Tage, schützt Euch vor den Folgen der Invalidität!

Ganze 154,40 Mk. kamen im Jahr 1907 auf jeden staatlichen Unfallrentenempfänger, 176,22 Mk. auf jeden Rentenempfänger der Invalidenversicherung. Also mit nicht einmal einer halben Reichsmark pro Tag sollen die auf dem Schlachtfelde der Arbeit Verunglückten, sollen die armen Invaliden ihr und ihrer Angehörigen Leben fristen! Und das sind noch die Glücklichen, die aus der „vollen Kompottschüssel“ nippen dürfen. Hunderttausende werden mit ihren Ansprüchen abgewiesen, weil sie nach Meinung anderer noch mehr denn ein Drittel ihres früheren, in gefunden Tagen gekhabten Verdienstes erzielen können.

Wer will sich angefehlt dieser vielgepriesenen Sozialpolitik nicht daran erinnern, daß unser Verband auch in solchen Lebenslagen zu helfen gewillt ist? Die Beitragsleistung zur Invalidenunterstützung, die obligatorische Einführung dieses Unterstützungszweiges durch den nächsten Verbandstag ist es, was wir zu propagieren haben angesichts all des Elends der Verunglückten, der Kranken und der Invaliden. Bis dahin aber, ihr männlichen Mitglieder, **steuert Invalidenbeiträge**, die pro Woche nur 15 Pf. betragen. Je mehr Mitglieder diese Beiträge leisten, je eher wird die Invalidenunterstützung eingeführt werden. Darum schützt Euch rechtzeitig vor Not und Elend durch Eure eigene Kraft.

Jahresberichte der Gauen.

Gau 9. Zurückblickend auf das Jahr 1908, können auch wir in unfernen Thüringen die Krisenercheinungen nicht verhehlen, die hauptsächlich bei der Agitation hinderlich waren. In diesem Sinne konnten wir die Erfolge nicht verzeichnen, welche wünschenswert gewesen wären. Berichtetes doch alle 13 zum Gau gehörenden Zahlstellen von einem flauen Geschäftsgang. Die Kollaborationslosigkeit ist hierfür nicht allein der Maßstab, er kam noch durch Wegfall der sonst üblichen Ueberstunden und verkürzter Arbeitszeit zum Ausdruck. J. B. in der Eisenbranche in Eisenberg hatten 83 Kolleginnen und Kollegen 567 Tage verkürzt gearbeitet. Vorhanden sind im Gau 168 Buchbinderei-, 74 Druckerei-, 26 Kartonnagen- und 26 Eisens-, Galanterie- und sonstige Betriebe. Die Verbindung des Gauvorstandes mit den Zahlstellen gestaltete sich besser. Die Berichte von Altenburg, Apolda, Eisenberg, Eisenach, Erfurt, Gera, Gotha, Gößnitz, Jena, Langensalza, Nuhlta, Saalfeld und Weimar ergaben einen Mitgliederstand am Schlusse 1908 von 443 männlichen und 183 weiblichen Mitgliedern gegen 386 bzw. 204 im Jahre 1907. Lehrlinge sind 134 vorhanden. Gewiß eine respektable Zahl bei insgesamt 719 männlichen und 565 weiblichen Berufsangehörigen. Die Einzelmitglieder verteilten sich auf 26 Orte. Mitgliederbestand am 31. Dezember 1907 27 männliche Mitglieder, zuzugereist 31 männliche, ein weibliches Mitglied, eingetreten 16 männliche, 3 weibliche Mitglieder, verstorben ein männliches Mitglied, abgereist 28 männliche, ein weibliches Mitglied, ausgeschieden nach § 16a 11 männliche, 2 weibliche Mitglieder, Bestand am 31. 12. 1908 34 männliche, ein weibliches Mitglied. Die Einzelmitgliedschaft Arnstadt, welche ständig 11—13 Mitglieder zählte, ist dem dortigen Kartell angeschlossen, von der Gründung einer Zahlstelle mußte aus internen Gründen bis jetzt Abstand genommen werden. Unser Gauarbeitsnachweis ist im ganzen Jahre von drei Arbeitgebern in Anspruch genommen, zwei Stellen wurden besetzt, von der dritten fehlt Bescheid. Die Nachfrage nach Arbeit seitens der Kollegen war sehr zahlreich; schien es doch, als wenn es die arbeitslosen Kollegen auf unser schönes Thüringen abgesehen hätten. Wir können nur raten, sich nicht zuviel von der schönen Gegend zu beschreiben, denn die Löhne werden wohl mit wenigen Ausnahmen die schlechtesten von ganz Deutschland mit sein. Gibt es doch sogar noch Stellen, wo für 11 Mk. Lohn den Gehilfen Ohrfeigen angeboten werden. Ein Mißverhältnis ist es immer, wenn die Nachfrage so stark ist; oben-dreien werden die Stellen als Uebergangsstationen betrachtet, und für jeden gebotenen Lohn wird gearbeitet. Darunter müssen dann die Einheimischen leiden. Hierher gehören auch die Gastrollen, welche von Kollegen aus den Tarifstädten hier im Sommer gern gegeben werden.

Der niedrigste Lohn wird in Gera mit 12 Mk. pro Woche bezahlt, der Höchstlohn von 30 Mk. wird in Erfurt, Gera und Weimar erzielt. Die weiblichen Löhne schwanken zwischen 4 und 13 Mk. Lohnbewegungen fanden statt in Apolda und Gotha. In Apolda kam es nicht zum offenen Streit, jedoch verließen 11 Kollegen aus einem Geschäft den Ort, um die „gutbezahlten“ Arbeitsplätze anderen zu überlassen. Gab es doch Löhne von 12—13 Mk. bei 11stündiger Arbeitszeit. Die Bewegung leitete Kollege Zinte, Leipzig. Wir mußten uns über die Apoldaer Verwaltung wundern, die seit April 1907 kein Sterbenswörtchen von sich hören ließ, und erfuhr wir daher von der Lohnbewegung erst aus unserer Zeitung.

Der Gothaer Streit hat zwar mit Erfolg für uns geendet, doch wird alles daran gesetzt seitens der Herren Desterfeld, den bei ihnen beschäftigten Kolleginnen und Kollegen dieses zu entgelten. Ist doch zurzeit kein einziger Kollege von der Bewegung her mehr in dem Betriebe beschäftigt. Zu erwähnen wäre ein ehemaliger Mitaußständiger, welcher uns die Treue nicht bewahrte, sondern sich jetzt darin zu gefallen scheint, Kolleginnen zum Austritt aus unserer Organisation zu bewegen. Derartige Postenjäger sind leider noch oft anzutreffen. Zur Leitung und Weileung waren die Kollegen Psüke, Koth und Weinläder sowie Gauvorstandsmitglieder anwesend. Ein ähnlicher Fall wie oben geschildert, trifft in Eisenach zu; daselbst sind zwei ehemalige Vorsitzende unserer Zahlstelle zu den Christlichen übergetreten, um sich „geschickte“ Existenzen zu verschaffen.

Im südblichen Thüringen hat sich ein Kollege die Agitation angelegen sein lassen und ist Aussicht vorhanden, unseren Mitgliederbestand zu heben. Trotz Versendung von Agitationschriften, welches in dem Maße geschehen ist, als Adressen zu erlangen waren, ist nur von einem minimalen Erfolg zu berichten. Mit welsch nichtsagenden Gründen die uns fernstehenden ihren Nichtbeitritt begründeten, mußten wir in Jümenau erfahren, wo eine ziemliche Anzahl Be-

rufsangehörige vorhanden und zum Teil in einem Betriebe beschäftigt ist, welcher dem Verbande Deutscher Buchbinderbeiträge angeschlossen ist.

Daß wir für die Zukunft die Augen offen halten und die Aufklärung in die entferntesten Orte tragen müssen, dazu zwingt uns das Vorgehen des Verbandes Thüringer Kartonnagenfabrikanten. Denn das Recht zum Organisieren ist nicht nur für diese Herzen, sondern in weit höherem Maße für deren Ausbeutungsobjekte am Platze.

Um die Mitglieder gegenseitig bekannt zu machen, wurde am 16. August eine Gaupartie nach Georgenthal, Lambach, Ohrdruf veranstaltet, die Beteiligung war nur von Eisenach, Erfurt und Gotha eine gute zu nennen. Diese Veranstaltung, welche mit einem Tanzchen ihren Abschluß fand, wird allen Teilnehmern in guter Erinnerung bleiben. Auch das erste Stiftungsfest in Gotha wies eine gute Beteiligung seitens der nächstgelegenen Zahlstellen auf, was für die dort zurzeit im Aufstieg befindlichen ein Ansporn in ihrem Kampfe war.

Was die Erhebung von Lokalbeiträgen anbetrifft, so wäre dazu folgendes zu bemerken. Keinen Lokalbeitrag erheben 4 Zahlstellen, 3 Zahlstellen 10 und 5 Pf. pro Monat für männliche bzw. weibliche Mitglieder, 4 Zahlstellen 5 Pf. pro Woche und eine Zahlstelle 10 Pf. pro Woche. In Lokalunterstützung wurden insgesamt ausgezahlt 434,70 Mk. Die gesamten Ergebnisse besaßen sich ausschließlich Nuhlta, welches kein Material zur Verfügung gestellt hat. Die Gaubearbeitungsstelle, welche zur Abhaltung von Gautagen und Leitung des Gauarbeitsnachweises bestimmt ist, zeigt folgende Aufstellung. Nach Abzug der Gautagskosten (14. April 1907).

Einnahme: Bestand am 15. 4. 07	138,01 Mk.
Beiträge der Zahlstellen	295,91 „
Summa	433,92 Mk.
Ausgabe: Streifenunterstützung Gotha	60,— Mk.
Porto, Schreibmaterial und Diverses	27,83 „
Summa	87,83 Mk.

Somit Bestand für 1. Quartal 1909 . 346,09 Mk. Der Gauvorstand erledigte seine Geschäfte in 12 Sitzungen; Posteingänge waren erflusive Zeitung 552 und Ausgabe 413 zu verzeichnen. Es machte sich in Arnstadt und Gotha seine Anwesenheit mehrere Male nötig, da Agitations- und Verwaltungsangelegenheiten zu erledigen waren. In Arnstadt referierte am 11. Juli Kollege Seegels-Gotha.

Dies wäre so in kurzen das erwähnenswertere und hoffen wir, im nächsten Jahre einen erfolgreicher Bericht geben zu können. Den Funktionären unserer Zahlstellen danken wir an dieser Stelle für die pünktliche Erledigung ihrer Obliegenheiten.

Gau 10. Der Gau umfaßt bekanntlich die rheinischen Regierungsbezirke Aachen, Köln und Düsseldorf und die westfälischen Regierungsbezirke Arnberg und Münster. Damit schließt er mehrere wichtige Industriezentren in sich, was auf unser Gewerbe natürlich einen großen Einfluß ausübt. Da ist zunächst der Bergische Industriebezirk mit seiner altberühmten Textilindustrie, namentlich in Band, Kordel und Nigen, ferner Zanella und Futterstoffe, mit dem Mittelpunkt Warmen-Eberfeld; und ferner die Kleinisenindustrie für Messer, Scheren, Feilen, Schläffer usw. in Solingen-Wald, Remscheid und Welper. In diesem Bezirk ist naturgemäß für die Musterkarten- und Kartonnagenbranche viel zu tun, da die genannten Industrien vorherrschend für den Export tätig sind. Es ist aber auch leicht zu begreifen, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Depression nicht spurlos an unserem Beruf vorübergehen konnte. Namentlich in Solingen hat sie mit großer Wucht im Laufe des Jahres gehaust und auch unseren Kollegen Arbeitslosigkeit, verkürzte Arbeitszeit und knappen Verdienst gebracht. Der Gau schließt ferner den märkischen Industriebezirk, mit Hagen als Mittelpunkt, in sich. Hier ist die schwere Eisenindustrie mehr vorherrschend. Auch diese Industrie drückt unserem Gewerbe ihr Gepräge auf, denn die großen Werke haben naturgemäß einen großen Bedarf an Geschäftsbüchern. Daraus erklärt sich vielleicht, daß sich die Kontobuchbranche in Hagen und Dortmund besonders entwickelt hat. In Herfeln ist es in erster Linie die Etikettenfabrikation, welche unseren Kollegen als Etikettenschneider Arbeitsgelegenheit bietet. Da ist weiter das gewaltige rheinisch-westfälische Kohlen- und Eisengebiet. Hier findet sich fast immer Arbeitsgelegenheit. Zum Teil haben die gewaltigen kartellierten Unternehmen eigene graphische Abteilungen. Sonst sind die selbständigen gemischten Betriebe, Buchdruckerei mit Buchbinderei usw., vorherrschend. Daneben bietet die ständig sich im Fluß befindende Entwicklung mannigfache Gelegenheit zum Selbständigwerden. Daher eine große Zahl von kleinen Buchbindereien, in denen ein Spezialität das Wiber-einrahmen im Schwanze ist. Dortmund, Bochum,

Essen, Gelsenkirchen, Mülheim-Überhausen und Duisburg-Muhrort bilden in dieser Beziehung eine lange, ununterbrochene Kette. Ohne Zweifel trägt der Umstand, daß unsere Kollegen in den großen Werken, z. B. Krupp, sich in sicheren, sogenannten Lebensstellungen glauben, sehr viel dazu bei, daß die Organisation nicht bessere Fortschritte macht.

Ein wesentlich anderes Bild bietet sich, wenn wir, den Rhein überschreitend, uns Krefeld zuwenden. In dieser Seidenstadt, dem deutschen Lyon, ist es vor allem die Kartonnagenindustrie, welche für unser Gewerbe maßgebend ist. Die fortwährenden Neuheiten, welche die Strawattenfabriken ausgeben und für welche entsprechende Kartons verlangt werden, verhindern eine rein mechanische Herstellung derselben und setzen gelehrte Arbeitskräfte voraus. Dadurch ist ein verhältnismäßig guter Boden für die Organisation gegeben. Natürlich ist auch diese Industrie sehr den auf- und niedergehenden Konjunkturen unterworfen, die aber nicht immer notwendig mit den allgemeinen Krisen zusammenfallen. Zugang von fremden Kollegen nach Krefeld ist wenig vorhanden; das verhindert die eigenartige Arbeit, mit der nicht jeder fertig wird. Darin besteht gegenüber dem vorhin genannten Kohlengebiet ein großer Unterschied. Es wird nicht viele wandernde Kollegen geben, welche Rheinland-Westfalen besuch haben und nicht für kürzere oder längere Zeit auch in der „Kohlenkiste“ stecken bleiben. Wenden wir uns weiter, so kommen wir zu den Doppelstädten M.-Gladbach-Neydt. Hier herrscht ebenfalls die Textilindustrie (Weberei) vor und drückt namentlich in Nheydt unserem Beruf ihr Gepräge auf. Hier herrscht die Musterkartenindustrie vor mit den erbärmlichsten Lohnverhältnissen. Diejenigen, welche der Ansicht huldigen, es müßte dem Arbeiter noch viel schlechter gehen, damit er zur Einsicht kommt, könnten hier das Gegenteil studieren. Alle Versuche zur Organisierung, und deren Zahl ist nicht gering, sind immer wieder fehlgeschlagen. Nicht, daß es den Kollegen an der Einsicht mangelt, daß es ihnen schlecht geht. Nein, sie sehen wohl ein, daß die Organisation ihnen helfen könnte, wenn nur das lästige Beitragzahlen nicht wäre. In diesem Hindernis sind bisher alle Versuche gescheitert. Nach einigen Wochen Mitgliedschaft und Beitragsleistung war es stets damit wieder alle. Auch in M.-Gladbach, nur daß hier die Grobdruckerei vorherrscht, Kontobuch- und Gebetbuchfabrikation sind hier ziemlich bedeutend. Letztere ist außerdem vor allem auch in Rebaelar, dem bekannten Ballfahrtsort, dann in Dülmen und in Herfeln bedeutend. In M.-Gladbach hält es aus den bekannten Gründen ebenfalls sehr schwer, für die Organisation Fuß zu fassen. Die Zahlstellen, welche bestanden, sind in erster Linie zugrunde gegangen an der Unlust, für eine gute Sache auch Beiträge zu zahlen. Dazu kommt der künstlich hineingezogene religiöse Streit, wodurch Zerspaltung in die Reihen der Kollegenschaft getragen wurde; sehr zum Vorteil der Unternehmer. M.-Gladbach hat einen ziemlich guten Zugang von auswärtigen Kollegen. Das ist aber im wesentlichen dem Einfluß des sattem bekannten Herrn Nahe zu verdanken, der in ganz Deutschland unter den schönsten Versprechungen Arbeitskräfte, namentlich Presser, anwirbt. Diese geben aber meistens nur kurze Gastrollen und verlassen ärmer, als wie sie gekommen, aber an Erfahrungen reicher, „die schöne Stadt in der Nähe des Rheins“. Herr Nahe ist bekanntlich auch der Vater einer gelben Organisation, welche in seinem Musterbetriebe die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit pflegt. Ueber Aachen braucht an dieser Stelle nichts mehr gesagt zu werden, es ist durch seine Lohnbewegung in den Vordergrund des Interesses gerückt und sind seine Berufsverhältnisse geschildert worden. Erwähnungswert wäre noch die berühmte Papierstadt Düren, die Stadt der Millionäre und der niedrigen Löhne, wo namentlich die Goldschmittbranche sehr stark vertreten ist. Allerdings mit vollständig konkurrenzlosen Löhnen und Preisen sich den Markt erobernd. Ferner Bonn, die fridole Universitätsstadt am Rhein, mit ihrem großen Fremdenzuwachs und ihrer rückständigen einheimischen Bevölkerung. Die beiden größten Städte des Rheinlandes, die Metropole Köln, und Düsseldorf, die jüngere Schwester, welche ihr nachiefert in Größe und industrieller Bedeutung und sie vielleicht in letzterer Hinsicht überholt hat, seien zuletzt noch erwähnt. In beiden Städten herrschen großstädtische Verhältnisse und auch die beruflichen Verhältnisse bedien sich mit denen anderer Großstädte. In dem wir am Schluß unserer beruflichen Betrachtungen angelangt sind, wollen wir nochmals erwähnen, daß die wirtschaftliche Depression sich überall im ganzen Gau fühlbar macht. Während noch im Jahre 1907 das Arbeitsangebot durch unseren Nachweis nicht immer gedeckt werden konnte, hat uns das Jahr 1908 ein gegensätzliches Bild geboten. Nur in verschwindend seltenen Fällen war es uns möglich, den arbeitssuchenden Kollegen Stellen nachzuweisen.

Der Gautag des Gaues 15.

Nach diesen Ausführungen über die Berufsverhältnisse des Gaues wollen wir noch einen kurzen Überblick über die Organisationsverhältnisse geben, wie sie sich im Jahre 1908 gestaltet haben, und verweisen im übrigen auf den demnächst erscheinenden Jahresbericht des Bezirksleiters. Der Gau zählte am Anfang des Jahres 1908 18 Zahlstellen, und zwar Wachen, Barmen, Bochum, Bonn, Dortmund, Düren, Düsseldorf, Duisburg-Muhrort, Elberfeld, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Iserlohn, Köln, Krefeld, Rindenscheld, Mülheim-Überhausen und Solingen-Wald. Diese hatten am Anfang des Jahres

	männl. Mitglieder	811	weibl.	149	=	960
1. Quartal	"	843	"	125	=	968
2. Quartal	"	827	"	121	=	948
3. Quartal	"	907	"	110	=	1017
4. Quartal	"	888	"	108	=	996

Man sieht, daß der Mitgliederbestand im allgemeinen ziemlich stabil war. Nur das dritte Quartal hat eine Steigerung gebracht, was auf die Lohnbewegungen in Wachen, Köln und Düsseldorf zurückzuführen sein dürfte. Das geht auch aus den Reueufnahmen hervor. Diese betragen im 1. Quartal 108, im 2. Quartal 96 und im 3. Quartal 119. Dabei ist beachtenswert, daß im 1. Quartal Düsseldorf die meisten Aufnahmen (28) zu verzeichnen hatte, eine Folge der in diesem Quartal stattgefundenen Lohnbewegung. Im 3. Quartal hatten die meisten Aufnahmen Wachen (16) und Köln (44), ebenfalls eine Folge der Tarifbewegung. Mit dem 1. Oktober 1908 trat die Zahlstelle Remscheid ins Leben, so daß der Gau am Schluß des Jahres 19 Zahlstellen zählte. Am Ende des Jahres wurden dann noch die Zahlstelle Röhling und die neugegründete Zahlstelle Neuwied dem Gau angeschlossen. Die beiden bisherigen Zahlstellen Elberfeld und Barmen haben sich zu einer Zahlstelle unter dem Namen Barmen-Elberfeld vereinigt. Der Gau beginnt also das neue Jahr mit 20 Zahlstellen. Die Einzelmitglieder sind in 27 Orten verteilt. Größere Mitgliedschaften mit Vertrauensmännern sind in Gummersbach, Witten, Enmerich und Gevelsberg. Die Zahl der Einzelmitglieder ist natürlich beständigen Schwankungen unterworfen und ebenso wechseln auch die Orte stark, in denen Mitglieder stehen. So ist leider die Vertrauensmannschaft in Aheydt wieder eingegangen, die mit so großen Hoffnungen anfangs des Jahres ins Leben trat. Die dortigen Mitglieder vergaßen das Bezahlen der Beiträge trotz aller Mahnungen und Bemühungen, und mußten einer nach dem andern wegen Resten gestrichen werden.

Die Mitgliederbewegung der Einzelmitglieder gestaltete sich in den vier Quartalen wie folgt: Am Schluß des Jahres 1907 waren vorhanden 53 männliche Mitglieder, am Schluß des 1. Quartals 61, am Schluß des 2. Quartals 53, am Schluß des 3. Quartals 50 (nach Gründung der Zahlstelle Remscheid) und am Schluß des 4. Quartals 38. Die Gesamtzahl der im Gau Organisierten betrug demnach am Schluß des 4. Quartals in Zahlstellen und Einzelmitgliedern 928 männliche und 108 weibliche, zusammen 1034 Mitglieder. (Ende 1907 = 1013.) Es ist also trotz der Krisis auch im verfloffenen Jahre eine langsame Vorwärtsbewegung zu konstatieren.

Ein näheres Eingehen auf die Tätigkeit des Gauvorstandes an dieser Stelle erübrigt sich, da ja im allgemeinen Jahresbericht ausführlich darüber berichtet wird. Soviel kann hier gesagt werden, daß auch das Jahr 1908 ein sehr arbeitsreiches war, nicht zum wenigsten infolge der Lohnbewegungen, die im Laufe des Jahres stattfanden. In Hagen fand Anfang des Jahres der Tarifabschluß statt nach acht-tägigem Kampfe; in Düsseldorf kam es im Februar zu einem vorläufigen Kompromiß. Anfang des Jahres wurde auch der Tarif in Köln gekündigt. Dann folgte im Sommer die Bewegung für den Vier-Städte-Tarif ein, die bekanntlich zum Tarifabschluß in Köln und Düsseldorf und zum Streik in Wachen führte.

Diese Lohnbewegungen haben einem großen Teil von Kolleginnen und Kollegen erhebliche Vorteile gebracht, was besonders beachtenswert ist, da im allgemeinen ein solches Krisenjahr wenig geeignet ist, um Eroberungen zu machen. Man wird meistens froh sein müssen, in solchen Zeiten das Gewonnene festhalten zu können. Es wird vor diesen Tatsachen jedenfalls das mögliche Beste bestimmen müssen, als ob der Verband den Provinzkollegen nichts biete. Je mehr sich die Organisation in unserem Gau ausbreitet, je fester und dauernder sie überall Wurzel faßt, um so mehr wird sie imstande sein, nicht nur ihren Mitgliedern in allen Notlagen des Lebens Schutz zu bieten, sondern auch die wirtschaftliche Lage dauernd zu heben. D. Groenhoff.

Die Welt bewegt sich, vervollkommnet sich; die Aufgabe des Menschen ist, an dieser Bewegung sich zu beteiligen, sich ihr zu fügen und förderlich zu sein. (Der Sinn des Lebens.)

Auf dem vorigen Gautag in Karlsruhe war unter Berücksichtigung der damals stark auftretenden Kartonnagerorganisation beschlossen worden, den diesjährigen Gautag in La h r abzuhalten, und wenn die Gautage in der Gegend abgehalten wären, in welcher die Agitation am notwendigsten ist, so war das entlegene La h r der richtige Ort. Sind doch in dieser industriereichen Schwarzwalddete noch mehr als 3000 Berufsangehörige der Kartonnagerbranche zu organisieren und ist für Erhöhung der niederen Löhne und Verbesserung der sonstigen Arbeitsbedingungen derselben Sorge zu tragen.

Auf dem Gautag waren anwesend vom Gauvorstand die Kollegen Schröter, Büttner und Frey; ferner Effenwein-Eßlingen, Sander-Freiburg, Mething-Göppingen, Kleinfnecht und Diehm-Heilbronn, Neßelhauf und Lauer-Karlsruhe, Kilgus und Schmitt-La h r, Giering-Konstanz, Manz, Reinhold, Köhnel und Dietrich-Pforzheim, Laier-Neutlingen, Draug, Fette, Decker und Hemminger-Stuttgart, Wolfmeier-Geislingen, Strahm-Tröfingen, ferner als Gäste Schultze-Mannheim und Schwarz-Straburg.

Nachdem Gauvorsitzender Schröter-Stuttgart die Vertreter willkommen geheißen, wurde er und Kilgus-La h r als Vorsitzende, Fette und Decker-Stuttgart als Schriftführer bestimmt.

Zu dem Bericht des Gauvorstandes, welcher in Nr. 10 unserer Zeitung veröffentlicht ist, wurden von Schröter noch einige Erläuterungen gegeben. Derselbe betonte namentlich die gute Wirkung der Krankenunterstützung und rechtfertigte die Notwendigkeit der derzeitigen Extrasteuer. — Die sonst üblichen zeitraubenden Berichte der einzelnen Zahlstellen kamen diesmal in Wegfall. Effenwein entschuldigte die Stagnation der Zahlstelle Eßlingen damit, daß viele Kollegen auf dem Lande wohnen; während Sander-Freiburg das Zusammenarbeiten mit dem dort bestehenden christlichen Verein als sehr schwierig schildert. — Den im Jahresbericht des Gaues nicht mitveröffentlichten Massenbericht gab Büttner-Stuttgart für 1907/1908 wie folgt:

Rassenbericht für 1907—1908.

a) Verbandskasse.

Einnahmen.		
Bestand am 1. Januar 1907		60,26 M.
9 Aufnahmen à 1,— M.		9,—
43 " " à 0,50		21,50
12 " " à 0,20		2,40
75 Beiträge à 0,20 M.		15,—
27 " " à 0,30		8,10
2293 " " à 0,45		1031,85
1576 " " à 0,50		788,—
2277 " " à 0,60		1366,20
3 Extrabeiträge à 0,10 M.		—,30
72 " " à 0,20		14,40
67 " " à 0,45		30,15
54 Invalidenbeiträge à 0,15 M.		8,10
Sonstige Einnahmen für den Verband.		8,55
Summa		3363,81 M.

Ausgaben.

Arbeitslosenunterstützung	377,— M.
Umzugsunterstützung	115,—
Gemahregeltenunterstützung	48,—
Krankenunterstützung	6,75
Außerordentliche Agitation	397,27
15 Proz. d. Beiträge f. Verwaltungsausg.	485,90
8 Proz. der Beiträge für die Gauleitung	259,18
Sonstige Ausgaben für den Verband	4,—
An die Verbandskasse eingezahlt	1551,90
Bestand am 31. Dezember 1908	119,46
Summa	3363,81 M.

b) Gaukasse.

Einnahmen.		
Bestand am 1. Januar 1907		309,09 M.
15 Prozent der Beiträge		745,08
Gaubeitrag der Zahlstellen		550,50
Sonstige Einnahmen der Gaukasse		8,84
Summa		1613,46 M.

Ausgaben.

Krankenunterstützung	10,— M.
Streikunterstützung an Pforzheim	100,—
Agitation	16,20
Entschädigung der örtlichen Funktionäre	290,18
Inserate und Druckfachen	1,30
Porto und Schreibmaterialien	403,87
Bildungszwecke	11,85
Beiträge an das Gewerkschaftskartell	3,75
Gautag 1907	99,98
Zur Stärkung der Verbandskasse	200,—
Sonstige Ausgaben	11,—
Bestand am 31. Dezember 1908	465,38
Summa	1613,46 M.

Ueber die Lohnbewegungen im Gau referierte Frey-Stuttgart. Er besprach die erfolg-

losten Bemühungen in Göppingen, den alten Tarif zu erhalten, während in Pforzheim die Buchbinder eine kleine Aufbesserung durchzusetzen wollten. In Heilbronn brachten es die Verhältnisse mit sich, daß auch die Löhne usw. der Hilfsarbeiter in den Tarif mit aufgenommen wurden. Er besprach dann eingehend die in der Zeitung geschilderte Lohnbewegung in Karlsruhe und die Aussperrung der Stutisarbeiter in Pforzheim, bei welcher der Versuch der Fabrikanten, eine Lohnherabsetzung herbeizuführen, von den gut organisierten und umsichtig geleiteten Stutisarbeitern, zuletzt unter Vermittelung der Stadtverwaltung, verhindert wurde, wenn auch mit bedeutenden Opfern. — Für fernere Lohnbewegungen stellt er als Grundfäße auf: Es empfiehlt sich nicht, bei Erneuerungen von bestehenden Tarifen allzu hohe Forderungen zu stellen mit der Motivierung, daß doch noch abgehandelt wird, sondern es ist ratsamer, nur durchführbare Verbesserungen zu verlangen, dann aber an dem Gewinnsätzen festzuhalten. Es ist angebracht, nach Bekanntgabe der Lohnforderungen alle Angelegenheiten mit den Mitgliedern offen zu besprechen, alle Feindschaften sind bei einer im Gange befindlichen Lohnbewegung zu vermeiden. Der Zahlstellenvorstand bezw. die Lohn- oder Tarifkommission hat alle im Statut und Reglement festgelegten Bestimmungen pünktlich einzuhalten.

Zu den Lohnbewegungen erklärt Kleinfnecht, daß in Heilbronn der Kontobucharbeitertarif von den großen Firmen eingehalten wird. Jedoch hätten auch die kleineren Firmen mehr herangezogen werden sollen, schon der Agitation wegen, da noch circa 400 Unorganisierte vorhanden sind. Ein ungeänderter Zustand besteht in den Heilbronner Geschäftsbüchereifabriken noch in dem Partieführersystem, bei welchem diese bedeutende Löhne einschließen, während sie die jungen Kollegen mit den geringen Minimalalöhnen abspesen. Diese Partieführer sind zum größten Teil Gegner unseres Verbandes, der ihnen doch ihren guten Verdienst herbeigeführt hat; jedoch nehmen einige von ihnen in der Partei führende Stellungen ein. Von geeigneter Stelle ist hier Ordnung zu schaffen. Wenn von einer Geschäftsbüchereifabrik infolge des Tarifabschlusses einige patriarchalische Einrichtungen, z. B. Verbrechung eines Besprechungs bei Ueberstunden, aufgehoben wurden, so werden sich die Kollegen wohl ohne dieses zufrieden geben. Wenig nobel ist es aber von der Firma, daß die sonst üblichen alljährlichen Lohnaufbesserungen an die älteren Arbeiter dieses Jahr unterlassen wurden.

Einer scharfen, aber rein sachlichen Kritik wurde der Streik in Karlsruhe bei der Firma Gutsch unterzogen. Hier scheinen alle Unkorrektheiten: ungenügende Berichterstattung der Zahlstelle, fäurmisches Eingreifen der beauftragten Funktionäre, Bureaucratismus und sich widersprechende Anordnungen des Verbandsvorstandes, zusammengewirkt zu haben, daß der Streik erfolglos verlief. Da dieser Streik, was die Zahl der Beteiligten anbelangt, nur eine minimale Bedeutung hat, soll die Sache nicht weiter berührt werden. Den Karlsruher Kollegen aber wurde angeraten, die durch den Streik entstandene Verbitterung schwinden zu lassen und durch strebsames Weiterarbeiten die Zahlstelle vorwärts zu bringen, dann wird auch die Anerkennung auf dem nächsten Verbandsstag nicht ausbleiben. — Den Pforzheimer Kollegen wurde für ihre Haltung bei der Aussperrung allseitige Anerkennung zuteil.

Während der 1½stündigen Mittagspause erstreute der Arbeitergesangverein La h r die anwesenden Delegierten durch einige vorzüglich zu Gehör gebrachte Begrüßungslieder.

Nachdem referierte Kollege Schröter-Stuttgart über: „Unsere Agitation“. Er weist darauf hin, daß Agitation auf jede Weise betrieben werden müsse, neue Mitglieder zu gewinnen, die schon gewonnenen an uns zu fetten, zu belehren und aufzuklären. Es sind eine Anzahl Tarife im Gau abgeschlossen, bei denen der Verband dafür sorgen muß, daß sie in vollem Umfange zur Geltung kommen, was nur durch Heranziehung des letzten Mannes zum Verband möglich ist. Bei der Hausagitation ist Gelegenheit, zugleich die Angehörigen, besonders die Frauen, mit den Bestrebungen des Verbandes vertraut zu machen. Die Kollegen müssen in der Arbeiterin stets die Kollegin achten, dann kann es an einem Erfolg nicht fehlen. Das Agitationsfeld ist besonders in der Kartonnagenfabrikation sehr groß. In 25 Orten sind Fabriken solcher Art vorhanden, in denen 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind. Die Streitigkeiten in den Zahlstellen müssen aufhören, denn dadurch wird die Agitation vereitelt und die Zahlstelle kann leicht gerperrigt werden. Bis zum nächsten Gautag müssen wir danach trachten, die Mitgliederzahl zu verdoppeln, damit wir zum Tarifabschluß im Jahre 1911 gerüstet sind.

In der anschließenden Debatte werden einige auf die Agitation bezügliche Anträge gleich mitberaten. Es wird betont, daß die beste Agitation

mit das Verhalten der Kollegen im Betriebe sei. Die Partieführer wären zu bescheiden, da dies die schlimmste Art der Ausbeutung — des Arbeiters durch den Arbeiter — sei. Auf die Filialen der Kartonnagen- und Etuisfabriken ist ein besonderes Augenmerk zu richten. Bei der Aussperrung in Pforzheim haben diese den Kollegen viel Nachteil gebracht. Bei der Agitation sollen zurückgeliebene Bezirke an nächstgelegene Zahlstellen überwiesen und von diesen überwacht werden, auch bezüglich der Beitragsleistung. Notwendig sei eine besondere Anleitung für die schwierige Hausagitation, die die örtlichen Verhältnisse berücksichtige. Der Fluktuation muß mehr entgegen gewirkt werden, denn es ist viel schwieriger, ein verlorenes Mitglied wieder zu gewinnen, als neue zu werben. Zur Einleitung der Agitation in unbesetzten Bezirken sind zunächst Adressen zu sammeln, dann für jeden Ort und jede Branche eine besondere Agitationskommission einzusetzen. Benachbarte Zahlstellen sollen sich in Kräften austheilen; der Gau müsse in einzelne Agitationsbezirke eingeteilt werden, wie sie früher schon bestanden.

Nachdrücklich wird die Anstellung eines Gauleiters für den Gau gefordert, denn aber nicht zuiel Verwaltungsarbeit aufgebürdet werden dürfe. Die Arbeitgeber sind fast alle organisiert, — von 180 Kartonnagenfabrikanen gehören 162 ihrem Verbands an. Die bis jetzt geschickte Kartonnagenarbeiterkonferenz für Süddeutschland sei nicht nutzlos, wenn die genügenden Vorarbeiten betrieben werden. Die Lehrer Kollegen bitten darum, ihnen mehr tüchtige Agitatoren an ihren Ort zu senden. Der Druck sei hier besonders groß. In einer Fabrik sei angebroht worden, wer die am Abend vor dem Goutag im gleichen Lokal einberufene öffentliche Versammlung besuche, gehe der Prozentzuschläge der letzten Lohnbewegung verlustig. (Lebhafte Zustimmung.) Es sei keiner von dem Personal erschienen! In der Versammlung, die außerordentlich stark besucht war, referierte Kollege Drauß-Stuttgart über: „Die Lage der Kartonnagenarbeiter“. — Kollege Schwarz-Strasbourg regt an, wenn Gau 15 einen beliebigen Gauleiter erhalte, diesem zugleich Elsaß-Lothringen mit zuzuwiesen.

Im Schlusswort betont Kollege Schröter, daß einseitig die Anstellung eines Gauleiters gewünscht wurde, welchem Wunsche der Goutag darauf in der Abstimmung ebenfalls einstimmig Ausdruck gab. Ein Antrag der Zahlstelle Konstanz, nach dem in jeder Zahlstelle vierteljährlich ein Vortrag von Gauvorstandsmitgliedern oder anderen geeigneten Kollegen gehalten werden soll, wird ebenfalls angenommen; dagegen der Antrag Freiburg auf Schaffung eines Arbeitsnachweises für den gesamten Gau dem Gauvorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Kollege Hemminger-Stuttgart begründet darauf folgenden von ihm gestellten Antrag:

„Alle Zahlstellen, welche Tarife abgeschlossen haben, sind verpflichtet, bei den Arbeitgebern dahingehend zu wirken, daß jeweils an alle staatlichen und städtischen Behörden gemeinsame Eingaben einzureichen sind, in denen mit Nachdruck darauf hingewirkt wird, daß die Arbeiten dieser Behörden nur an solche Prinzipale zu vergeben sind, welche den Tarif unterschrieben haben und auch tatsächlich einhalten. Ueber den Verlauf der Aktion ist dem Gauvorstand umgehend Bericht zu erstatten.“

Dem Antrag wird debattelos zugestimmt, ebenso ein Antrag Stuttgart, nach dem die Zahlstellenverwaltungen und Vertrauensleute gehalten sind, dem Gauvorstand mindestens alle Vierteljahr einen Bericht über ihre agitatorischen und organisatorischen Arbeiten zu geben. — Bezüglich des nächsten Goutages wird ein Antrag Reutlingen angenommen, den Goutag in der Mitte des Gaus abzuhalten, die Bestimmung des Ortes dem Gauvorstand zu überlassen.

Unter „Verschiedenes“ wird ein Antrag der Zahlstelle Konstanz auf Anstellung von Hausfassierern den Zahlstellen zur Erwägung überwiesen. Die Kollegen von Freiburg wünschen für ihre Tarifbewegung im nächsten Jahr die nachdrücklichste Unterstützung vom Verbands- und Gauvorstand, die von letzterem zugesagt wird. — Besonders hervorzuheben ist noch, daß nach den Berichten sich neuerdings die „Christen“ in Heilbronn, Heilbronn und Straßburg bemerkbar machen. In letzterem Ort haben sie zwar nur drei Vorstandsmitglieder; den Kollegen erwächst aber aus dem Vorgehen die unabweisbare Verpflichtung, unablässig und überall in der Agitation tätig zu sein, um eine Zerpfitterung der Arbeiterschaft, wie in Heilbronn geschehen, nicht aufkommen zu lassen. Für die künftigen Goutage werden noch einige Anregungen gegeben und darauf nach einem kurz zusammenfassenden Schlusswort des Kollegen Schröter und dem herzlichsten Dank an die

Lehrer Kollegen der Goutag mit einem dreimaligen begeisterten Hoch auf den Verband geschlossen.

Außer der schon genannten Versammlung in Lauch fand am Vorabend des Goutages auch in Karlsruhe eine öffentliche Versammlung statt, in der Kollege Fette-Stuttgart über: „Die moderne Arbeiterbewegung“ unter dem Beifall der Versammelten referierte. E. D. H. F.

Internationales.

Oesterreich. Die Differenzen bei der Firma Mary Mill in Graz sind erledigt. Am 20. März kam es zu einer Vereinbarung, die wesentlich zugunsten unserer Kollegen und Kolleginnen ausgefallen ist.

Korrespondenzen.

Gesperert ist: Nachen.
Zuzug ist fernzuhalten von Köln.
Gesperert ist die Firma Samuel Mayer, Hofbuchbinderei, Stuttgart.

Die wirtschaftliche Krise macht es unseren Mitgliedern mehr als je zur Pflicht, vor jedem Stellungswechsel bei den örtlichen Bevollmächtigten Erkundigungen nach den Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuholen. Die bestehenden tariflichen Abmachungen müssen strengstens eingehalten werden, und darum ist es unerlässlich, daß Vorstehendes genau beachtet wird.

Leipzig. Die Dampfbuchbinderei von Karl Flicke in Leipzig kam mit einem Weiden, das im Verborgenen die duftendsten Blüten treibt, in Vergleich gestellt werden, allerdings nur insofern, als die Firma ein recht weltfernes, von niemand beachtetes Dasein führt, keineswegs aber deshalb, weil dieses Geschäft etwa auf die gleiche Beliebtheit Anspruch erheben könnte als das genannte Kind der Flora. Wir geben ohne weiteres zu, daß sich Herr Flicke seinem Personal gegenüber schon etwas erlauben darf, denn nicht organisierte Leute lassen sich bekanntlich meist eine Behandlung gefallen, wie man sie Verbandsmitgliedern nicht im entferntesten zu bieten wagt. Doch mitunter läuft auch bei den ersten einmal die Galle über und dieser Fall ist jetzt in der Firma Flicke eingetreten, denn dieser Tage bat uns eine Anzahl Arbeiterinnen, doch dem Betriebe in Zukunft etwas größere Beachtung zu schenken, als dies bisher der Fall gewesen sei.

Da eine persönliche Verhandlung zur Regelung der bestehenden Mißstände als nutzlos bezeichnet wurde, sehen wir uns zu unserem Leidwesen genötigt, die Verhältnisse des Instituts in der Öffentlichkeit etwas zu belichten, um auf diesem Wege den Versuch zu machen, zur Verbesserung derselben beizutragen.

Die allgemein gültigen tariflichen Vereinbarungen beachtet Herr Flicke selbstverständlich nicht. Die Falzpreise, desgleichen die gezahlten Stundenlöhne spotten jeder Beschreibung. Dafür ist aber Herr Flicke ein sehr arbeitssamer Mann, er beginnt gern einige Minuten früher mit der Arbeit und beendet sie ebenfalls Minuten später. Natürlich muß das Personal die gleiche Zeit einhalten. Als Entschädigung für diese Mehrleistung darf man sich einer guten Behandlung erfreuen. „Verfluchter Hund“, „dämliches Schwein“, „Rindvieh“ usw. sind so einige Blüten aus dem alltäglichen Verkehrslexikon des Herrn. Viel Kummer bereitet es ihm weiter, wenn die Arbeiterinnen sich auf Minuten nach einem stillen Oertchen zurückziehen. Ebenso unangenehm berührt es ihn, wenn jemand von einem gelegentlichen Unwohlsein befallen wird, denn ein solches kann nach Ansicht des Herrn Flicke immer nur auf einen Kater zurückgeführt werden.

Die Garderobenräume befinden sich auf dem Abort. Die jugendlichen Arbeiter dürfen des Sonntags nur eine Viertel Stunde Pause machen.

Mit diesem soll es für heute sein Bewenden haben, wir stehen jedoch nicht an, zu erklären, daß wir im Bedarfsfälle sehr gern auch noch mit weiterem dienen können. Herr Flicke wird gut tun, sich einiges aus Europas überflüssiger Höflichkeit anzueignen, während dem Personal anzuraten ist, sich in seiner Gesamtheit dem Verbands anzuschließen, denn schließlich wird jeder Arbeiter und jede Arbeiterin so behandelt, wie es dem Verhalten derselben ihren Berufsgenossen gegenüber für angemessen erscheint.

Stettin. Am Sonnabend, den 20. März, fand hier eine öffentliche Versammlung statt. Gilt es doch, die letzten uns noch fernstehenden Kollegen zu organisieren, damit wir nach Ablauf des Tarifes am 31. Dezember dieses Jahres gewappnet dastehen. Trotz lebhafter Agitation ließ der Besuch viel zu löulichen übrig. Das Referat war von unserem Verbandsvorstehenden Kollegen Kloth übernommen.

Derselbe ging in seiner Rede auf die Stettiner Verhältnisse ein und führte die Notwendigkeit der Organisation dringlich vor Augen, da ohne sie eine Verbesserung der nicht gerade rosigten Verhältnisse in Stettin nicht zu erwarten sei. Welchen Einfluß aber die Organisation ausüben vermöchte, zeigte sich so recht in der Kartonnagenfabrik von Lenzner, der größten am Orte. Während die Lithographen 8 Stunden arbeiten, die Buch- und Steindruckpersonal 10 Stunden. In dem Vortrag schloß sich eine längere Diskussion an. Aufnehmen ließen sich zwei Kollegen in den Verband.

Kollegen und Kolleginnen Stettins! Wenn es Euch ernst ist mit dem Abschluß eines neuen Tarifes, dann rüttelt die Lässigen auf, sagt ihnen, daß es ihre heiligste Pflicht ist, sich zu organisieren, daß sie dies schon ihrer Familie schuldig sind, um bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Mangel und dergleichen einigermaßen geschützt zu sein.

Zum Kölner Versammlungsbericht. In dem Bericht von der Generalversammlung der Zahlstelle Köln vom 13. März ex. in Nr. 13 der „Buchbinder-Zeitung“ wird von mehreren Rednern folgendes zum Ausdruck gebracht:

„Aber anscheinend habe man für die Provinz keine Gelder da, die sei nur gut genug, die Beiträge zu bezahlen, damit in Berlin bei viel geringeren Umständen bedeutend mehr an Unterstützung bezahlt werden könne.“

Das, was in diesen Worten zum Ausdruck kommt, trifft in keinem Falle zu. Die Berliner Zahlstelle kann sich nicht rühmen, einen solchen Vorzug zu genießen. Wir können mit Recht darüber Klage führen, daß die Zahlstelle Berlin mit dem gleichen Maßstab gemessen wird, wie die kleinste Zahlstelle uneres Verbandes. Wie es der Kölner Zahlstelle geht, geht es auch der Berliner. Auch wir müssen bei den Werkstübedifferenzen, welche zur Arbeitsanstellung führen, die noch nicht bezugsberechtigten Mitglieder aus Lokalmitteln unterstützen. Mit solchen Vorfällen treten wir nicht mehr an den Verbandsvorstand heran, da der Standpunkt des Verbandsvorstandes durch den Wortlaut des § 25 des Statuts gestützt wird.

Berlin, den 29. März 1900.

Ernst Marx.

Rundschau.

Vergabung Berliner Buchbinderarbeit nach der Provinz. Wie die „Buchbinder-Woche“ schreibt, wächst die Zahl derjenigen Berliner Verleger, die ihre Buchbinderarbeiten in der Provinz anfertigen lassen, von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1900 waren es sechs Berliner Verleger, die feste Geschäftsverbindungen mit Provinzbuchbindereien angeknüpft hatten, 1903 waren es 40, und Ende 1908 sollen es sogar schon fast 200 gewesen sein. So wenigstens berichtet die genannte Fachzeitung, das „Organ der Zentral-Kalkulations- und Kunststufstelle für deutsche Buchbindereien und Kartonnagenfabrikation“. Es sind besonders Buchbindereien in mittleren Städten der Provinzen Brandenburg, Sachsen, Westfalen, Hannover und Hessen-Nassau, allenfalls noch Schlesien und Pommern, die diese Arbeiten aus Berlin übernehmen. Die Verleger wollen natürlich durch die Vergabung der Arbeit in die Provinz an den Herstellungskosten ihrer Erzeugnisse sparen. Um so mehr muß es Aufgabe unseres Verbandes wie der gesamten Kollegenchaft in der Provinz sein, dafür zu sorgen, daß auch in den Mittel- und Kleinstädten überall erträgliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchgeführt werden.

Die Ablehnung der Plakat- und Inseratensteuer. Wie unsere Leser wohl schon aus der Tagespresse erfahren haben werden, ist die von der Reichsregierung vorgeschlagene Plakat- und Inseratensteuer in der Finanzkommission des Reichstages mit allen gegen die 6 Stimmen der Konserativen und Reichsparteiler abgelehnt worden. Der Proteststurm, die zahlreichen Petitionen, die gegen dieses höchst gefährliche Steuerprojekt ins Feld geführt wurden, haben jedenfalls ein gut Teil dazu beigetragen, daß das Steindruckgewerbe wie die Presse und die Allgemeinheit von dieser künstlichen Schädigung bewahrt bleiben. Auch die große Zahl unserer Kolleginnen und Kollegen, die in der Plakatindustrie tätig sind, kann besonders froh sein, daß die Regierung mit diesem ihrem Vorhaben kein Glück gehabt hat. Würde doch auch der Tabaksteuer und den anderen gemeingefährlichen Steuerprojekten das gleiche Schicksal zuteil werden.

Der Jahresbericht der Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandten Gewerbe in Berlin ist dieser Tage erschienen und gibt u. a. einen Ueberblick über die in Berlin tatsächlich gezahlten Arbeitslöhne, da bei der Angabe des Mitgliederbestandes in den sechs Lohnklassen der durchschnittliche Tageslohn maßgebend ist. Danach sind vorhanden männliche Mit-

glieder in Klasse A: 3156 (täglich Arbeitsverdienst 1,50 Mk. und mehr); Klasse 1: 1628 (Verdienst 3,50 bis 1,50 Mk.); Klasse 2: 636 (Verdienst 2,75 bis 3,50 Mk.); Klasse 3: 399 (Verdienst 2.— bis 2,75 Mk.); Klasse 4: 219 (Verdienst 1,25 bis 2.— Mark); Klasse 5: 593 (weniger wie 1,25 Mk.). Weibliche Mitglieder in Klasse A: 61; Klasse 1: 335; Klasse 2: 1785; Klasse 3: 3569; Klasse 4: 1996; Klasse 5: 526.

Wann ist ein Buchbindereibetrieb versicherungspflichtig? Darauf hat die Königliche Zentralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart folgende Auskunft gegeben:

„Ein Buchbindereibetrieb, in dem 2—3 Gehilfen und 1—2 Lehrlinge beschäftigt werden und in dem die nötigen Hilfsmaschinen ohne Verwendung von elementarer Kraft (Wind, Wasser, Dampf, Gas, heiße Luft, Elektrizität usw.) und ohne Verwendung von tierischer Kraft bewegt werden, ist im allgemeinen nicht unfallversicherungspflichtig. Zur Unfallversicherung heranzuziehen ist ein Buchbindereibetrieb dann, wenn er als Fabrik im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes anzusehen ist. Als Fabriken gelten nach dem Unfallversicherungsgesetz alle Betriebe (also auch solche, die nach der Gewerbeordnung dem Handwerk zugerechnet sind), für die Dampfessel oder durch elementare oder durch tierische Kraft bewegte Triebwerke nicht bloß vorübergehend zur Anwendung kommen, ferner alle solche Betriebe, in denen zur gewerbsmäßigen Verarbeitung oder Verarbeitung von Gegenständen mindestens 10 Arbeiter regelmäßig beschäftigt werden. Ist mit einem sonst nicht versicherungspflichtigen Buchbindereibetriebe jedoch Tapeziererei verbunden, so ist der Betrieb in jedem Falle unfallversicherungspflichtig.“

Die Unternehmerverbände schließen sich immer enger aneinander, um mit immer größerer Kraft und Einmütigkeit die Arbeiterorganisationen bekämpfen, die Arbeiterklasse in ihrem Streben nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und nach einem höheren Kulturzustand niederhalten zu können. Jüngst ist, wie die „Arbeitgeberzeitung“ berichtet, zwischen dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände und der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände statt des alten Kartellvertrages von 1904 ein neuer abgeschlossen worden. In diesem Vertrag wird es als die oberste gemeinsame Aufgabe der vertragsschließenden Organisationen bezeichnet, den Zusammenschluß der Arbeitgeber zu Arbeitgeberverbänden zu fördern. Ferner sind die folgenden Paragraphen besonders wichtig:

§ 2. Die Vertragsschließenden verpflichten sich gegenseitig, darauf hinzuwirken, daß streikende oder ausgesperrte Arbeiter während der Dauer der Bewegung in den Betrieben der angeschlossenen Mitglieder keine Beschäftigung finden. Eine Nachprüfung über die Berechtigung des Ausstandes oder der Aussperrung findet nicht statt, wenn erklärt wird, daß eine solche Prüfung ordnungsgemäß vorgenommen ist.

§ 3. Als wichtige Aufgabe betrachten die Vertragsschließenden weiter die gemeinsame Förderung der Arbeitsnachweise der Arbeitgeber, und zwar sowohl in den Fachverbänden als auch in den gemischten Verbänden. Die jährlichen Arbeitsnachweis Konferenzen sollen in Zukunft gemeinsam abgehalten werden.

§ 4. Die Vertragsschließenden suchen des ferneren gemeinsam zu fördern: den Schutz der Arbeitswilligen sowie die Durchführung der Streiklausel!

Die Frage, ob und inwieweit ein Zusammenarbeiten der beiderseitigen Streikversicherungsanstaltungen erreichbar ist, bleibt den hierfür bestehenden besonderen Organen der Vertragsschließenden zur Entscheidung überlassen.

Ein ständiger Kartellausschuß der beiden Arbeitgeberzentralen soll namentlich dafür sorgen, daß das in § 2 festgelegte System der schwarzen Listen, der allgemeinen Berufsverweigerung streikender und ausgesperrter Arbeiter, streng durchgeführt wird.

Der Kartellvertrag wie das ganze arbeitgeberfeindliche Streben des Unternehmertums muß für die Arbeiterschaft von neuem eine Mahnung sein, sich nun ebenfalls immer fester und einmütiger in einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen und kein Opfer zu scheuen, um ihren Gegnern gewachsen und überlegen zu sein. Eine Zerspaltung durch sogenannte christliche Organisationen kommt nur den Gegnern zugute und schädigt die Arbeiterklasse. Nur in der Einigkeit ruht unsere Kraft!

Gefängnisarbeit. Zu dieser in vorletzter Nummer unserer Zeitung ausführlich behandelten Materie wird uns aus Frankfurt a. M. noch geschrieben: Das Mundschreiben der Gefängnisverwaltung Preussens bei Frankfurt a. M. an die Kartonnagenfabrikanten um Zuweisung von Arbeit, ist nicht ohne Erfolg geblieben. Neben dem Mitgilde des Zentralvorstandes der Süddeutschen Kartonnagenfabrikanten, Herrn Glöck, läßt nunmehr auch die Kartonnagenfabrik von Schade im Gefängnis zu Preussensheim arbeiten. Der Inhaber dieser Firma ist Schriftführer der Frankfurter Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes. Danach scheinen es in erster Linie die Führer der Arbeitgeberverbände zu sein, die in den Gefängnissen arbeiten lassen.

Das **Gewerkschaftshaus Mannheim** übernimmt wieder, wie das Gewerkschaftskartell mitteilt, der frühere Wirt Louis Wegel vom 1. April ab. Derselbe verpflichtet sich, gutes Lagerbier, hell und dunkel, reine Weine, ebenso bei mäßigen Preisen eine vorzügliche Küche, Mittag- und Abendisch zu verabfolgen. Ferner werden den reisenden Sollegen gut eingerichtete Fremdenzimmer, Betten von 30 Pf. an, sowie den Herren Gauleitern, Delegierten und Referenten separate Zimmer bis zu 1 Mk. bestens empfohlen. Wäder im Hause.

Auf Grund des sogenannten Kunst-Paragrafen erhält den Berechtigungschein für den einjährigen freiwilligen Militärdienst von der Königl. Regierung in Danzig Herr Fritz Rieth daselbst, der seine künstlerische Ausbildung in der Berliner Buchbinder-Fachschule unter Leitung von Paul Kersten und Ludwig Sütterlin erhalten hat. Das Institut der einjährig-Freiwilligen kommt nur den begünstigten Klassen zugute, beweist aber auch, daß die einjährige Dienstzeit zur militärischen Ausbildung genügt.

An Seine Exzellenz den Herrn Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg richtete die Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen einen Brief betr. des Kölner Ärztekreises, aus dem wir folgendes hervorheben:

„Der Vorstand des Verbandes der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen hat an Ein. Exzellenz unterm 18. Februar c. einen offenen Brief veröffentlicht, der an verschiedenen Stellen solch einseitige und unrichtige Darlegungen gibt, daß wir zur Nichtigstellung und Abwehr uns verpflichtet halten. Wir sind dazu um so mehr genötigt, als der Leipziger Verband kraft seiner vielseitigen Verbindungen die öffentliche Meinung in einseitiger Weise zu beeinflussen versucht und wieder, wie wir dies seit Jahren gewöhnt sind, den Krankenkassen alle Schuld an den Kölner Wirren zuzuschreiben bestrebt ist.“

Wenn der Leipziger Verband dann weiter schreibt, „es war die Not, die uns als freien Bürgern unseres Staates und den Gütern eines freien Vaterlandes den Existenzkampf gegen übermütige und herrschsüchtige Massenverwaltungen aufnötigten“, so müssen wir auch die Unterstellung, welche durch ihre tausendfältige Wiederholung nicht wahrer wird, entstehen zurückweisen. Die schwersten Kämpfe, welche bisher zwischen den Ärzten und den Massenverwaltungen einzelner Orte entbrannten, waren meist darauf zurückzuführen, daß die Ärzteschaft den Massen die freie Arztwahl aufzwingen wollte und sich dagegen die Massenverbände wehrten. Wir haben bereits während der Verhandlungen des 3. Allgemeinen Kongresses der Krankenkassen Deutschlands im Jahre 1904 darauf verwiesen, daß die große Mehrzahl der Krankenkassen der Forderung der Ärzteschaft nach angemessener Bezahlung nicht nur sympathisch gegenüber steht, sondern daß sie das auch durch die Tat bewiesen haben. Das geht auch aus dem 24. Jahrgang der Statistik der Krankenversicherung, Band 194, der Statistik des Deutschen Reiches klar hervor, während die Krankenkassen 1885 9 060 945 Mk. für ärztliche Behandlung aufgewendet haben, ist diese Summe 1907 auf 63 325 782 Mk. gestiegen, von 2,15 Mk. auf 5,22 Mk. für ein Mitglied und auch 1908 wie im laufenden Jahre sind weitere Honorarsteigerungen ohne jeden Kampf gewährt worden.

Ob und inwieweit die Ärzteschaft unter dem Druck des Koalitionszwanges, unter dem Druck eines ehrengerichtlichen Verfahrens zusammengehalten wird, haben wir hier nicht zu untersuchen. Von Interesse ist hier jedenfalls das Zugeständnis, daß der Zusammenschluß der Ärzte auf materielle Gründe zurückzuführen ist, während wir bisher und bis in die jüngsten Tage hinein immer zu hören bekommen, daß die Ärzteschaft in erster Linie Fragen des öffentlichen Wohles gegenüber den Krankenkassen betreue.

Die Art der Schilderung der Kölner Vorgänge wird nirgends überraschen, wo man Gelegenheit hatte, die Demagogie des Verbandes der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen seit Jahren zu beobachten. In dem an Ein. Exzellenz gerichteten öffentlichen Briefe hütet sich der Vorstand des Verbandes, auf die Vorgänge im Jahre 1904 hinzuweisen, er hütet sich, das landgerichtliche Urteil vom 6. November 1904 zu erwähnen, das wächtig kein Ruhmesblatt für die Kölner Ärzte darstellt. Der Verband verschweigt, daß in den Einigungsverhandlungen vom 11. Juni 1906 bis 24. April 1907, welche unter dem Vorsitz des Herrn Beigeordneten Dr. Fuchs geführt

wurden, die Krankenkassen bereit waren, auf Grund des damals bestehenden Arztgesetzes zu verhandeln, daß aber die Ärzte Honorarforderungen stellten, welche wieder höher waren als die im Regierungsvertrage festgelegten Sätze; der Verband verschweigt, daß Dr. Fuchs den Vorschlag der Ärzte vom Standpunkt der Aufsichtsbehörde nicht befürworten konnte. Der Verband verschweigt Ein. Exzellenz wie der Öffentlichkeit, daß bei den weiteren Verhandlungen, welche im Auftrage des Herrn Regierungspräsidenten anberaumt waren, wohl die Massenvertreter zu weiterem Entgegenkommen bereit waren, nicht aber die Herren Ärzte. Der Verband verschweigt weiter, daß die Kölner Ärzte mitten in den Einigungsverhandlungen die Verhängung der Sperre über die Kölner Krankenkassen beantragt hatten. Wie der Leipziger Verband mit Stillschweigen über diese Ereignisse des Jahres 1907 hinweggeht, so erzählt er auch nicht, daß während der im Jahre 1908 wieder aufgenommenen Verhandlungen der ärztliche Verein von seinen Mitgliedern Reberse unterschreiben ließ, wonach diese verpflichtet waren, die ärztliche Tätigkeit bei den Massen niederzuliegen, sobald hierzu die Aufforderung ergäbe. Schließlich unterläßt es der Verband auch, darauf hinzuweisen, daß auch der letzte Einigungsversuch, welchen der Herr Oberbürgermeister der Stadt Köln machte, von den Ärzten abgelehnt wurde. Trotz aller dieser Tatsachen aber findet der Vorstand des Leipziger Verbandes den Mut, Ein. Exzellenz in einem „offenen Brief“ zu erzählen, daß die Krankenkassen aus „Herrschsucht“ die Kölner Kämpfe herbeigeführt hätten. Wir überlassen Ein. Exzellenz gerne, zu entscheiden, auf welcher Seite hier Herrschsucht und Uebermut zu finden sind.

Wider besseres Wissen versuchen die Organe der Ärzteschaft, sowohl bei der Reichsregierung wie in der breiten Öffentlichkeit, dadurch ein williges Ohr zu finden, daß sie für die Haltung der Krankenkassen eine bestimmte politische Partei verantwortlich machen; diese Organe müssen wissen, daß, wie bereits der Vorstand des Vereins zur Wahrung der Interessen der Betriebskrankenkassen nachgewiesen hat, in der Abwehr der unberechtigten Forderungen der organisierten Ärzte alle Krankenkassen zusammenstehen, sie wissen, daß darin Arbeitgeber und Arbeitnehmer einig sind. Die Ärzteschaft weiß aber ebenso gut, daß die freie Arztwahl nie bei den Krankenkassen Fuß gefaßt hätte, wenn nicht gerade Angehörige derjenigen politischen Partei, welche jetzt als der Sünder hingestellt wird, den Herren Ärzten den Weg gebnet hätten. Auch diese Art des Kampfes kennzeichnet das demagogische Vorgehen der Herren Ärzte zur Genüge.

Soll die Selbstverwaltung der Krankenkassen nicht völlig untergeben werden, sollen nicht diejenigen Aufgaben, welche uns durch das Gesetz übertragen sind, Not leiden, so muß die Reichsversicherungsordnung Bestimmungen treffen, welche uns nicht bedingungslos in die Hände des Leipziger Verbandes liefern.

Den Interessen von 30 000 Ärzten dürfen nicht diejenigen von über 11 Millionen Angehöriger des werktätigen Volkes untergeordnet werden.

Ergebenst
Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen.
E. S i m a n o w s k i, Vorsitzender.“

Der Legitimationszwang für die ausländischen Arbeiter in Preußen. Im Ministerialblatt für die innere Verwaltung“ veröffentlicht der Minister des Innern seinen Erlaß vom 30. Dezember 1908, der den Legitimationszwang auf alle ausländischen Arbeiter ausdehnt. Dieser Zwang war zuerst für alle aus Rußland, Oesterreich und deren Hinterländern kommende Arbeiter angeordnet. Der Erlaß lautet: „Verfügung vom 30. Dezember 1908 betr. die Verpflichtung zur Beschaffung von Inlandsausweis-papieren für ausländische Arbeiter.“

Die durch Erlaß vom 21. Dezember v. J. (Min.-Bl. 1908, S. 17) begründete Verpflichtung zur Beschaffung von Inlandsausweis-papieren wird vom 1. Februar d. J. an auf sämtliche ausländische Arbeiter ausgedehnt. Danach finden die Bestimmungen des genannten Erlasses auf die Ausstellung von Legitimationskarten für die bisher nicht legitimierungspflichtigen ausländischen Arbeiter mit folgender Maßgabe Anwendung:

a) Zum Zwecke der Ausstellung der Inlandsausweis-papiere werden in nachstehend bezeichneten Orten weitere Grenzämter der Deutschen Feldarbeiter-Zentralstelle in Berlin errichtet: 1. Böhmen, Kreis Habersleben; 2. Weener, Kreis Weener; 3. Worfen, Kreis Worfen; 4. Kaldenkirchen, Kreis Kempen; 5. Lachen, Stadtkreis Lachen; 6. Saarbrücken, Kreis Saarbrücken.

b) Die Legitimationskarten für die italienischen Arbeiter sind grün, für die niederländischen Arbeiter blau.

c) Von der Erhebung der Gebühr von 5 Mk. ist für die bis jetzt dem Legitimationszwange noch

nicht unterliegenden Arbeiter bis auf weiteres abzusehen.

Zum Zwecke der . . . bedingten stärkeren Besetzung der Westgrenze der Provinz Schlesien wird noch ein Grenzamt in Friedland, Kreis Waldenburg, errichtet.

Berlin, den 30. Dezember 1908.

Der Minister des Innern. v. Moltke."

Dieser Erlass bedeutet nichts anderes als die verfechtete Wiedereinführung des Paßgesetzes, der seit 1867 in Deutschland mit wenigen Ausnahmen nicht mehr bestand und schließlich durch Reichsrecht gänzlich beseitigt wurde. Die ausländischen Arbeiter, denn nur diese, unterliegen dem neuen Legitimationszwange, nicht die reichen Leute, die in Preußen reisen, werden durch die Legitimationskarten unter Polizeiaufsicht gestellt. Wer keine Legitimationskarte der Feldarbeiterzentrale besitzt, wird ausgewiesen.

Da auch unsere ausländischen Kollegen von diesem Zwange betroffen werden, haben wir auf Beseitigung desselben hinzuwirken.

Eine Sitzung des Gewerbegerichts in Delmenhorst fand am Dienstag, 2. März, unter dem Vorsitz des Oberamtsrichters Meyer statt. Als Beisitzer waren zugezogen: Schlossermeister v. Weiße und der christliche oder Kirch- und Dunderliche Arbeitnehmer-Beisitzer Höpfer. Es handelte der Buchbindermeister W. Brandt gegen seinen früheren Gesellen Woltmer auf Entschädigung von 25 Mk., weil dieser das Arbeitsverhältnis am 20. Januar zum 13. Februar dieses Jahres gekündigt, aber nur bis zum Abend des 6. Februar gearbeitet hatte. Kläger hatte dahingegen dem Beklagten die Papiere nicht ausgehändigt, so daß dieser erheblichen Schaden erlitt, weil er andere ihm angebotene Arbeit nicht annehmen konnte. Der Beklagte erhob dieserhalb Widerlage auf Entschädigung von 50 Mk. Da der Beklagte den Ort verlassen hatte, so bevollmächtigte er den Expedienten Jordan, die Papiere von W. einzuziehen, ihn auch vor dem Gewerbegericht zu vertreten. Die Verhandlung ergab, daß der Beklagte insbesondere wegen der vielen Ueberstunden die Arbeit verlassen hat. Die Mitarbeiter des Beklagten wollten bis 12 Uhr nachts arbeiten, während W., der die Aufsicht zu führen hatte, nur bis 10 Uhr abends arbeiten lassen wollte. Das Gericht entschied nach kurzer Beratung: der Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 16,80 Mark zu zahlen; der Beklagte wird mit seiner Gegenklage abgewiesen, weil er abreiste, ohne die vierzehntägige Kündigung einzuhalten. Die Urteilsfällung erfolgte einstimmig. Zur Begründung wurde noch angeführt, der Arbeitgeber sei nicht verpflichtet gewesen, auf schriftliche Aufforderung hin die Papiere zu senden, der Vertreter des Beklagten habe aber bei Forberung der Papiere die Vollmacht nicht ausdrücklich "vorgezeigt". — Damit ist jeder bürokratisch knifflischen Deduktion Tür und Tor geöffnet. Schließlich muß eine derartige Vollmacht formgerecht abgefaßt und beurkundet sein usw. Anseeres Erachtens trifft das Urteil am Recht vorbei. — Zum Ueberflusse bemerkte der Arbeitgeberbeisitzer noch, daß Aushalten der Kündigungszeit Handwerksgebrauch sei. Ob die Muckerei bis 12 Uhr nachts auch zu diesem Brauch gehört?

Arbeiter im Theater. Unter dem Sammelnamen „Die Volkshühne“ gibt der Bildungsausschub der sozialdemokratischen Partei seit einiger Zeit in zwangloser Folge Einführungen in Dramen und Opern heraus, auf die wir erneut die Aufmerksamkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen lenken möchten. Es genügt dem wüßbegierigen und schönheitshungrigen proletarischen Theaterbesucher meistens nicht, daß er die Vorgänge auf der Bühne einfach an seinem Auge und Ohr vorüberziehen läßt; er hat den heißen Wunsch, über den Dichter und über die Bedeutung des Dramas in künstlerischer und historischer Beziehung näheres zu erfahren; er möchte gern aus kundigem Munde eine schlichte, liebevolle Erläuterung der Handlung, der Charaktere der handelnden Personen, der seelischen Konflikte hören. Diesen berechtigten Wunsch bildungssehriger Arbeiter will „Die Volkshühne“ erfüllen. Eine Reihe der besten literarischen Kräfte der Partei hat sich für die wertvolle Arbeit zur Verfügung gestellt, als einfache, nicht aufbringliche Führer den Arbeitern und Arbeiterinnen bei einem Theaterbesuch die Hand zu reichen und ihnen alles Wissenswerte über das betreffende Stück zu sagen.

Bis jetzt sind folgende Einführungen erschienen:

1. Schiller: „Nabale und Liebe“, bearbeitet von Franz Mehring.
2. Ibsen: „Nora“, bearbeitet von Konrad Schmidt.
3. Langmann: „Bartel Luraser“, bearbeitet von John Schifolovski.
4. Rosenow: „Mater Lampe“, bearbeitet von Hermann Wendel.
5. Wagner: „Lannhäuser“, bearbeitet von Wilhelm Kaufe.

6. Meist: „Der zerbrochene Krug“, bearbeitet von Franz.
7. Lejting: „Nathan der Weise“, bearbeitet von Franz Mehring.
8. Anzengruber: „Der Pfarrer von Kirchfeld“, bearbeitet von Ernst Krowoski.
9. Halbe: „Jugend“, bearbeitet von Hermann Wendel.
10. Deibel: „Maria Magdalene“, bearbeitet von K. Korn.
11. Gogol: „Der Revisor“, bearbeitet von Ernst Krowoski.
12. Ibsen: „Ein Volksfeind“, bearbeitet von Rudolf Franz.
13. Goethe: „Faust“, bearbeitet von Kurt Eisner.
14. Schiller: „Wilhelm Tell“, bearbeitet von Franz Mehring.
15. Shakespeare: „Hamlet“, bearbeitet von Karl Horn.
16. Hauptmann: „Die Weber“, bearbeitet von Franz Niederich.

Der Bildungsausschub empfiehlt diese Einführungen besonders den Bildungsausschüssen, Gewerkschaftsartellen und Sozialdemokratischen Vereinen, die in Verbindung mit einem Theater, Volksvorstellungen veranstalten. Jedem Besucher einer solchen Vorstellung sollte eine Einföhrung in das betreffende Drama mehrere Tage vor der Aufföhrung in die Hand gegeben werden. Der Preis für die Einföhrungen ist bei Massenbezug so gering bemessen, daß die Organisationen die dadurch entstehende geringfügige Erhöhung des Eintrittspreises den Besuchern ihrer Vorstellungen ohne Besorgnis zumuten dürfen. Auf Wunsch und bei rechtzeitigem vorheriger Bestellung wird gegen einen mäßigen Preiszuschlag auch die entsprechende Anzahl von Personenverzeichnissen für die besondere Vorstellung in der betreffenden Stadt beigefügt. Ueber diese geschäftlichen Angelegenheiten gibt der Verlag der Einföhrungen, die Buchhandlung Vorwärts (Berlin SW. 68, Lindenstraße 69), an die auch alle Bestellungen zu richten sind, Auskunft.

Aber auch der einzelne Theaterbesucher und jeder literarisch interessierte Arbeiter kann die Einföhrungen zum Preise von 10 Pf. pro Heft in jeder Buchhandlung erhalten. Wer sich die ganze Sammlung der Volksbühne anschafft, erhält damit im Laufe der Zeit eine Uebersicht über die wichtigsten Erzeugnisse der dramatischen Dichtkunst.

Der Bildungsausschub wird die Reihe der Einföhrungen fortsetzen. Wenn lokale Bildungsausschüsse Einföhrungen in Dramen wünschen, die in der obigen Aufstellung fehlen, so bittet der Bildungsausschub, solche Wünsche seiner Geschäftsstelle (Berlin SW. 68, Lindenstr. 3) mitzuteilen.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Zur Finanzierung ihrer in Gröba in Sachsen zu erbauenden Seifenfabrik hatte die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine eine Anleihe von einer Million zur Zeichnung aufgelegt. Am 1. Februar begannen die Zeichnungen, am letzten Februar aber war die Anleihe bereits um eine vierelbillion überzeichnet. Wenn man bedenkt, daß die Gelder zum weitaus größten Teil von den ärmsten Schichten unseres Volkes aufgebracht werden mußten, darf man dieses Resultat als einen überaus großen Erfolg bezeichnen. Es legt Zeugnis von dem Vertrauen ab, das die organisierten Konsumenten ihrer Großeinkaufs-Gesellschaft entgegenbringen, zugleich aber läßt es wachsendes Verständnis für die Bedeutung der Konsumgenossenschaftlichen Organisation beim deutschen Volke erkennen. Denn ein großer Teil der gezeichneten Summe stammt von Privatleuten, stellt die Ersparnisse „kleiner Leute“ dar, die dem Privatkapital entzogen und der genossenschaftlichen Eigenproduktion zugänglich gemacht wurden. Ein gutes Omen für die Seifenfabrik der organisierten Konsumenten.

Wie wir hören, soll mit der Seifenfabrik auch eine Papierwarenfabrik verbunden werden. Vor der obigen Anleihe hat auch unsere Verbandskasse für 25 000 Mk. Darlehensscheine übernommen, die in Stücken von 500, 1000 und 5000 Mk. ausgegeben worden und mit 5 Proz. zu verzinsen sind; also eine gute und sichere Geldanlage.

Eine Genossenschaft der Rechtsanwälte hat sich gebildet, die den Einkauf und Vertrieb von Papier, Formularen, Schreibmaschinen, Bureaumöbeln, Noten, den Verlag von juristischen Büchern, Zeitschriften usw. usw. betreiben will. Gegen diese genossenschaftliche Gründung hegen wir, so sehr wir sonst die Genossenschaftsbewegung unterstützen, schwerwiegende Bedenken. Die Rechtsanwälte stehen nicht in dem Ruf, daß sie sich ihre Arbeitsleistungen schlecht bezahlen lassen; im Gegenteile betunden sie mit den „Neinundneunzigern“

(Anwalt) eine sehr nahe Verwandtschaft. Ihr Bureaupersonal entlohnen sie durchweg ganz miserabel, wovon das Sprichwort vom „berhungerten Schreiber“ bereites Zeugnis ablegt. Ideale Arbeitsverhältnisse würden daher in der Genossenschaft der Rechtsanwälte kaum zu erwarten sein, die Dividenden flößen auch nicht der Kernsten der Armen zu, wohl aber würden wahrscheinlich die existenzlos gewordenen Kleinrentner als Arbeiter ihr Brot suchen müssen und damit den sowieso schon sehr ungünstigen Arbeitsmarkt drücken. Wer hätte also nur den Vorteil davon? — Die wohlhabenden Rechtsanwältel!

Auflösung der Tabakarbeiter-Genossenschaft und Umwandlung derselben in eine Produktiv-Abteilung der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine. Die am 2. März abgehaltene Generalversammlung der Tabakarbeiter-Genossenschaft, in welcher der für eine Beschlußfassung über eine Auflösung statutarisch vorgeschriebene dritte Teil der Mitglieder anwesend war, — von 245 Mitgliedern waren 84 erschienen — hat mit allen gegen eine Stimme dem Antrag der Verwaltung auf Auflösung der Genossenschaft und Uebernahme derselben durch die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine zugestimmt.

Der Beschluß erfolgte ohne jede Diskussion nach einer ausführlichen Begründung des Antrages durch den Geschäftsführer v. Elm. Derselbe schilderte zunächst den Werdegang der Tabakarbeiter-Genossenschaft. Die Gründung erfolgte am 18. März 1891, bei Beendigung der großen Tabakarbeiterausperrung von Hamburg, Altona-Ottenen. Das Bestreben derselben war zunächst, den nach der Ausperrung Gemahregelsten einen Unterschlupf zu schaffen, des weiteren aber, einer immer größeren Zahl von Tabakarbeitern die Vorteile der genossenschaftlichen Produktion zugute kommen zu lassen.

Infolge des Idealismus ihrer Mitglieder, die auf jede Dividende verzichteten, verfügte schon im Jahre 1896 die Genossenschaft über ein eigenes Vermögen von 77 000 Mk. und konnte deshalb in aller Ruhe zu einer Erweiterung ihres Absatzgebietes schreiten. 1897 wurden zum ersten Male größere Geschäftsreisen unternommen, um die in den Konsumvereinen organisierten Konsumenten für die Tabakarbeiter-Genossenschaft zu interessieren. Im Jahre 1901, nach zehnjährigem Bestehen, wird eine völlige Reorganisation der Genossenschaft vorgenommen. Durch Einführung des Systems der Warenrückvergütung wird sie aus einer reinen Produktivgenossenschaft zu einer Produzenten- und Konsumenten-Genossenschaft umgewandelt. Von jetzt ab beginnt die rasche Aufwärtsentwicklung der Genossenschaft. Der Umsatz, der im Jahre 1900 207 100 Mk. betrug, steigt bis zum Jahre 1908 auf 1 166 294 Mk., und zwar ist diese Steigerung in erster Linie auf das wachsende Interesse der organisierten Konsumenten an der genossenschaftlichen Eigenproduktion zurückzuführen. Der Absatz an die Konsumvereine ist seit dem Jahre 1900 um das 16fache gestiegen, von rund 50 000 Mk. auf circa 800 000 Mk.; der Absatz an Private hat sich dagegen nur verdoppelt.

Dadurch, daß die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine die ihr zuzehende Warenrückvergütung und die Zinsen ständig auf neue Anleihe zeichnete, ist das Anteilkonto von 10 000 Mk. auf rund 72 000 Mk. gewachsen. Die finanzielle Position der Genossenschaft ist, wie v. Elm betont, eine durchaus gesicherte, sie verfügt nach ihrer letzten Bilanz über ein eigenes Vermögen (Reserve, Kapital und Dispositionsfonds) von über 150 000 Mk.

Der Grund zu dem Antrage der Verwaltung auf Auflösung sei der, durch Umwandlung der Tabakarbeiter-Genossenschaft in eine Produktiv-Abteilung der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine noch mehr als bisher für die genossenschaftliche Eigenproduktion von Zigarren zu interessieren. v. Elm hofft, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern sein möge, wo es möglich sei, anstatt der jetzigen 500 5000 Tabakarbeiter bei der genossenschaftlichen Eigenproduktion von Zigarren zu beschäftigen.

Eine Allgemeine Baugenossenschaft für Augsburg und Umgegend“ haben vorstehend die freien, christlichen und Kirch- und Dunderlichen Gewerkschaften zusammen mit dem Mieterverein gegründet zwecks Erbauung und Erwerbung von Häusern, um minderbemittelten Personen gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen zu beschaffen. Die Anteilsscheine lauten auf 200 Mk. und können in Raten von 2 Mk. pro Monat eingezahlt werden. — Zu den beiden ältesten Gartenstadtprojekten bei Karlsruhe und Dresden ist im Verlauf des letzten Jahres Nürnberg und vor kurzem auch Magdeburg hinzugegetreten. Die Genossenschaft „Gartenstadt Hopfenblüte“ hat sich an der Leipziger Chaussee ein 140 Morgen großes Gelände gesichert, das noch in diesem Jahre der Bebauung erschlossen wird, und die Genossenschaft „Garten-

Kolonie Reform" will sich am andern Ende der Stadt ein günstiges Terrain erschließen, das sich zum größten Teil in städtischem Besitz befindet. Die Stadt plant, um die Genossenschaften zu fördern, diesem Unternehmen günstige Verkaufsbedingungen zu stellen. Hoffentlich wird ihr dies nicht wieder leid.

Berlin. Luxuspapierbranche.

Den Teilnehmern an unserem Vortragszyklus geben wir hiermit bekannt, daß derselbe wegen zu schwacher Beteiligung abgebrochen worden ist und demnach der Vortrag am nächsten Freitag ausfällt. Den vorgesehenen Vortrag über den gewerblichen Arbeitsvertrag des Genossen A. Ritter wird derselbe in einer nach Litern stattfindenden Branchenversammlung halten.

Die Agitationskommission.

Berichtigung.

Zur Bericht über die Arbeitslosenversammlung in Berlin am 8. März in Nr. 12 der "Buchbinderzeitung" ist über die Firma Seidel u. Co. gesagt worden, daß die dort Beschäftigten, trotz der zurzeit herrschenden großen Arbeitslosigkeit, fortgesetzt Überstunden machen. Dieses trifft nicht zu. Seit Ende Januar ist keine Überstunde geleistet worden. Eine Ausnahme machte der Monat Januar, in dem das Personal, welches sonst aus zwei Gehilfen und drei Arbeiterinnen bestand, auf sechs Gehilfen und 15 bis 18 Arbeiterinnen vermehrt wurde. Die Zahl der im Januar geleisteten Überstunden betrug für Gehilfen pro Woche fünf bis sechs Stunden, und wurden nur geleistet, weil mehr Gehilfen nicht eingestellt werden konnten.

Eugo Schulz.

Briefkalten.

Auf mehrere Anfragen: Die "Arbeiter-Jugend" kann nicht durch uns bezogen werden, sondern sollte man sie durch den Buchhandel beziehen. — W. R. in Berlin; Wegen Raummangel zurückgestellt.

Literarisches.

"Der Arbeitsmarkt", Monatschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Prof. Dr. F. Jaström, Berlin, Verlag von Georg Reimer). Die als Organ des "Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise" erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 6 des 12. Jahrgangs unter anderem: Arbeitsnachweise, Rechtsauskunftstellen und Schreibweisen als Einrichtungen der modernen Wohlfahrtspflege. — Arbeitsnachweise eines Arbeitgeberverbandes oder paritätischer Arbeitsnachweise. — Inländischer Arbeitsmarkt: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Februar. — Die Beaufsichtigung ausländischer Arbeiter in Preußen.

In Freien Stunden. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Heft 11 ist erschienen und bringt die Fortsetzung von "Senilworth" von Scott, sowie von Heijermans "Trinette". Kurze Abhandlungen aus verschiedenen Wissensgebieten, Humoristika usw. vervollständigen den reichhaltigen Inhalt.

"Der Bibliothekar", Monatschrift für Arbeiterbibliotheken, ist eine neue Zeitschrift, die im Verlage der Leipziger Buchdruckerei A.-G. erscheint. Der Abonnementspreis ist auf 50 Pf. für das Vierteljahr festgesetzt. Die Zeitschrift wird jedem Abonnenten direkt durch die Post zugesandt, ohne daß sich dadurch der Bezugspreis erhöht. Der Verlag glaubt durch die Herausgabe des "Bibliothekar" der Arbeiterbewegung einen Dienst zu erweisen und hat deshalb, um auch den Kleinen und Kleinsten

Organisationen den Bezug zu ermöglichen, den Abonnementspreis auf das niedrigste bemessen.

Die Glücksbude. Erzählung von Ernst Pregelang. (Geb. 2 Mk., geb. 2,80 Mk., bei Haupt u. Hammon, Leipzig.) Pregelangs Erzählung ist ein gesundes Buch, voll warmen Humors und starker, freudiger Lebensbejahung inmitten schwerer seelischer und leiblicher Nöte.

Ein Mann, durch eine Gefängnisstrafe gebrochen, die ihm sein Temperament angeht, bittet um ein Recht eintrug, erfährt Stütze und Halt an seinem Weibe. Sie bestimmt ihn, mit ihr zusammen eine Glücksbude aufzumachen und von Jahrmarkt zu Jahrmarkt und Kirchweih zu ziehen, um ihm so, außerhalb der sechshaftigen Engherzigkeit seiner Mitbürger, die Lebensmöglichkeit zu geben. Und es gelingt, trotz seiner immer wiederkehrenden Sehnsucht nach Anständigkeit und bürgerlicher Achtung. Getragen von ihrer starken und sonnigen Liebe stirbt er verzöhnt mit seinem Geschick. Die Charakterisierung dieser Frau, ihr ungebrochener Lebensmut, ist ein Meistertstück von Gestaltungskraft.

"Arbeiterjugend". Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 5 heben wir hervor: Dir hilft kein Gott, Du mußt Dir selber helfen. Ein Mahnwort an die Schulentlassenen. Von Brand. — Technik und Kultur. Von Richard Woldt. — Gegen die Schundliteratur! — Der junge Goethe (Schluß). Von Dr. Wilhelm Hausenstein. — Die jugendlichen Arbeiter und die Gewerbeordnung. — Aus der deutschen Jugendbewegung (Wirttenberg, Bremen, Konferenz in Jena). — Soziale Rundschau, Vom Kriegsschauplatz usw. — Beiilage: Der kleine Kottkopf. Erzählung von Hammersdorff. — Späßen im Winter. Gedicht. — Der Königsleutnant (Schluß). Von Goethe. — Sprüche von Goethe. — Die geflickte Hofe. Von Prof. Förster. — Unterricht im Sozialismus. Gedicht von Leopold Jacoby.

ANZEIGEN

Stuttgart.

Kranken- u. Sierbekasse d. Buchbinder u. verw. Geschäftszweige in Stuttgart (Cokalkasse).

Am Samstag, den 3. April 1909, abends 8 Uhr:

Jährliche General-Versammlung im Sängersaal des Gewerkschaftshauses.

Laut Beschluß der letzten Generalversammlung wird bei Nichterheinen 50 Pf. Strafe erhoben.

Der Ausschuss.

Wilhelmsstift Potsdam

(Zbiotenbildungsanstalt) sucht gesunde, unverheiratete Buchbindergehilfen als Wärter, bezw. zur Ausbildung in der Krankenpflege. Aussicht auf Lebensstellung. Beiverbung an das Kuratorium.

Berlin!

Am Montag, den 12. April 1909 (2. Osterfeiertag) im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 14/15:

Matinee

zum Besten für unsere ausgefeuertesten Kollegen und Kolleginnen.

Programm:

- I. 1. Hochzeitsmarsch a. Ein Sommernachtstraum Mendelssohn
2. Ouvertüre z. Operette "Drepsen" Offenbach
3. Serenade für Klavier, Violine und Cello. Delschlagel
4. Fantasia a. d. Op. "Lohentinn" Wagner
5. Regitation Frau Marg. Walfoite: a) Herzmorgen b) Es war ein alter König W. v. Goethe c) Der Schelm von Bergen S. Seine d) Ein Weib Hoff e) Mudi Hoff
6. Chorgesang, Gesangverein "Liberte": a) Lebenslust Buchsdorf b) Frühling's Einzug Jungst
II. 7. Ouvertüre z. Operette "Dichter und Bauer" Suppe
8. Der Lenz Sidach
9. Fantasia für Flöte Popp
10. Lieder, Frau Marg. Walfoite: a) Frühling's Lied (Wlrga Schaffy) Reinhold Becker b) Damon sah und blies die Flöte (Goethe) Max Stange c) Mein Liebtler ist ein Weber Sidach d) Das Aufstauen Böhm e) Die Braut's Lustige Ein altes Volkslied
11. Chorgesang, Gesangverein "Liberte": a) Morgen im Walde Segar b) Wachsen mir Flügel Weingert

Anfang 12 Uhr.

Eintritt 30 Pf.

In Anbetracht des guten Zweckes erwarten wir regen Umsatz der Billette sowie auch zahlreichem Besuch.

Die Ortsverwaltung.



Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder O. Th. Winckler, Leipzig

Unserm lieben Kollegen Edmund Horn nebst Fräulein Ida Stephan zur Vermählung die besten Glückwünsche. Zahlstelle Plauen.

Unserm lieben Kollegen Edmund Horn sowie seiner lieben Braut, Frä. Ida Stephan, zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die organisierten Kollegen der Firma Chob u. Gulharl.

Die herzlichsten Glückwünsche unserer Kollegin Alara Krause zur Vermählung. Die organisierten Kollegen und Kolleginnen der Mechanischen Kartonfabrik Berlin.

Unserem Kollegen Karl Arnold mit Fräulein Margarete Württemberg zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche! G. Gustmann, G. Gullermann, F. Eichner, D. Eichner, J. Engelhardt, Siebert, E. Bartels. Charlottenburg.

Zahlstelle Luckenwalde. Am 1. Osterfeiertag, vormittags 9 Uhr, Großer Frühshoppen beim Kollegen Zipterlein, Substr. 24. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Achtung! Berlin! Achtung! Bekanntmachung! Die Zahlstelle Petermann, Moabit, befindet sich jetzt nicht mehr Wirtenstr. 28, sondern Havelbergerstr. 16. Die Ortsverwaltung.